Die „Volkswacht“ erscheint wöchentlich 6 Mal und ist durch die Expedition, Neue Graupenstr. 5/6, und durch Kolporteure zu beziehen. Preis vierteljährlich Mk. 2.50, pro Woche 50 Pf. Durch die Post bezogen Mk. 2.50, frei ins Haus Mk. 2.99, wo keine Post am Orte, Mk. 3.24.

Volkswacht

für Schlesien, Posen und die Nachbargebiete.

Inseratengebühr beträgt für die einspaltige Kolonelzeile oder deren Raum 25 Pfennige, für Vereins- und Versammlungs-Anzeigen 15 Pfennige. Inserate für die nächste Nummer müssen bis Vormittags 11 Uhr in der Expedition abgegeben werden.

Telephon Redaktion 3141.

Organ für die werktätige Bevölkerung.

Telephon Expedition 1206.

Mit der illustrierten Beilage „Die neue Welt“.

Nr. 209. Sonnabend, den 8. September 1906. 17. Jahrgang.

Die Reichsfinanzen unter Wilhelm II.*)

Als das Deutsche Reich ins Leben trat, herrschte nicht nur Jubel über die erfolgte politische Gründung. Auch auf finanzpolitischem Gebiet hing der Himmel voller Geigen. Wir hatten „heidenmäßig viel Geld“. Mit Hilfe der französischen Milliarden konnten die wenigen Schulden des Norddeutschen Bundes leicht abgestoßen und allerhand Gelder für kommende Ausgaben bei Seite gelegt werden. Das Vergnügen dauerte aber nicht lange. „Nach der glücklichen Sorglosigkeit der ersten Jahre im neuen Reiche, die noch unter dem Einflusse des Milliardensegens standen, hat sich eine Schuldenlast entwickelt, die man in einem verhältnismäßig so kurzen Zeitraum nicht für möglich halten sollte.“ So der Reichskanzler Fürst Bülow in der Reichstags-Sitzung vom 6. Dezember 1905, und „sehr richtig“ tönte es ihm von allen Seiten des Hauses entgegen. „Ich werde Ihnen gleich die Zahlen geben,“ fuhr der Kanzler Wilhelms II. unerschüttert fort, „dann werden Sie erst recht „sehr richtig“ rufen. — Bis 1877 schuldenfrei; 1905 über 3½ Milliarden Schulden.“

In noch nicht 30 Jahren dreiundeinehalbe Milliarde Schulden, das heißt ein jährlicher Zuwachs der Schuldenlast von rund 120 Millionen Mark — kann es für die Finanzwirtschaft eines Landes ein beschämenderes Bild geben? Um seine Wirkung abzuschwächen, verweist man gern auf die noch höheren Schulden anderer Großstaaten, und Bülow ließ sie denn auch in der vorerwähnten Rede alsbald Revue passieren. Indes gibt es da einen bedeutsamen Unterschied. Die Riesenschulden anderer Großstaaten sind meist in großen Kriegen aufgenommen worden, das heißt in Ausnahmezeiten. So rührt die ungeheure Nationalschuld Englands hauptsächlich aus den Jahren des Sezessionskrieges mit den Vereinigten Staaten, der Epoche der Napoleonischen Kriege und dem Krimkriege her. — Die geschilderte Anhäufung der Schuldenlast des Deutschen Reiches aber vollzog sich in einer Epoche, wo dieses keinerlei Krieg zu führen hatte. Es ist ein fast regelmäßiges Anwachsen, welches wir da vor uns sehen, wobei aber das Geschwindmaß von Jahrzehnt zu Jahrzehnt sich beschleunigt. Von 1877-78, dem ersten Jahre der Begebung von Reichsanleihen, bis zum Jahre 1887-88 stieg die Schuldenlast von rund 72 Millionen auf rund 720 Millionen. Macht einen Durchschnitt von 65 Millionen im Jahre. Von 1887-88, in welchem Jahre Wilhelm II. an die Regierung kam, bis 1897-98 stieg dagegen die Reichsschuld von 721 Millionen auf 2182 Millionen, das heißt um jährlich rund 146 Millionen Mark! Und von da bis zum Jahre 1905 war sie auf 3543½ Millionen Mark, also um mehr als 160 Millionen Mark pro Jahr gestiegen. Das ist eine Steigerung in der Vermehrung der Schuldenlast, die auf die Dauer selbst das reichste Volk nicht ertragen könnte, und die sich kein Volk, das wirtschaftlich denkt, gefallen lassen darf. Denn was bedeutet sie? Einfach nur eine ebenso steigende Belastung der Volkswirtschaft mit Ausgaben für Zinsen, das heißt mit Tributzahlungen an das nichtstuende Kapital, die zuletzt doch immer von der schaffenden Arbeit getragen werden müssen. Zinsen heißen faktisch nur, daß der Preis für eine Anschaffung oder Leistung nicht einmal, sondern mehrere Male bezahlt werden muß; wo vernunftgemäß gewirtschaftet wird, dürfen sie nicht vorkommen. Müssen Zinsen gezahlt werden, so ist das eben ein Zeichen, daß etwas faul ist im Staate Dänemark. Das gilt für das Deutsche Reich, dessen Zinsenlast sich jetzt auf 127 Millionen im Jahre beläuft, umsomehr, als die durch die Reichsanleihen aufgebrachten Mittel nur zum allergeringsten Teil für sogenannte werbende Anlagen, das heißt für Anlagen, die selbst wieder jährliche Erträge abwerfen, ausgegeben wurden. Der weitaus größte Teil der Reichsschuld ist durch Ausgaben veranlaßt, die in keinem Einnahmeposten durch Zinserträge und dergleichen wieder erscheinen.

Für welche Zwecke die große Mehrheit dieser Ausgaben notwendig wurde, ist bekannt. Auch hier können wir wiederum den Reichskanzler selbst sprechen lassen. „1873“, so erzählt er, „verlangten Reichsheer und Marine an fortdauernden Ausgaben 267 Millionen Mark, an einmaligen Ausgaben 66 Millionen Mark, im Etatsjahr 1891-92 an fortdauernden Ausgaben 456 Millionen Mark, an einmaligen Ausgaben 105½ Millionen Mark. Hier hat der Bedarf für Reichsheer und Marine sich in 18 Jahren verdoppelt. Das Jahr 1902 erforderte bereits für Militär- und Marinezwecke rund eine Milliarde Mark. Die Verdoppelung ist also annähernd schon nach 10 Jahren wieder erreicht. So weit Fürst Bülow. Man sieht, dieselbe Steigerung um 100 Prozent, die unter der Herrschaft Wilhelm I., wo doch auch nicht an Heer und Marine gespart wurde, achtzehn Jahre brauchte, vollzieht sich unter dem jetzigen Regime in zehn Jahren. Eine so ungeheure, so reißend schnell steigende Vermehrung seiner unproduktiven Ausgaben verträgt kein Volk, sie übersteigt die gleichzeitige Steigerung des Nationalreichtums um ein Vielfaches. So belief sich das Einkommen der Steuerzensiten Preußens, des größten deutschen Staates, 1892 auf 5961 Millionen, 1901 aber auf 8854 Millionen Mark. Eine Steigerung in neun Jahren von noch nicht 49 Prozent. Würde die Erhöhung der Ausgaben für Heer und Marine sich jedesmal in eine entsprechende Erhöhung der direkten Steuern umgesetzt haben, so würde ein Schrei der Entrüstung und des Entsetzens durch die kapitalistische Welt gegangen sein, wie wir ihn noch nie zu hören bekommen haben. Aber man deckte sie, wie wir gesehen haben, aus den wachsenden Erträgen der indirekten Steuern, und soweit diese nicht hinreichten, durch Anleihen. Die wachsende Verschuldung des Deutschen Reiches ist die unmittelbare Folge der unablässig wachsenden Unterhaltungskosten des Molochs Militarismus und Marinismus, zu dem in neuerer Zeit auch der Posten Kolonialpolitik sich als Vielfraß hinzugesellt hat. Beansprucht doch er allein im Etat für 1906 alles in allem die unerhörte Summe von über 120 Millionen Mark. Der Reichshaushalt für 1906 bilanziert in Einnahmen und Ausgaben mit über zweiundeindrittel Milliarden Mark, davon sind über 200 Millionen Mark reine Verbuchungsposten, so daß die wirklichen Ausgaben sich auf etwa 2100 Millionen belaufen, und von dieser ungeheuren Summe sind zwei Drittel, nämlich rund 1400 Millionen Mark, Ausgaben, die auf Konto von Heer, Marine und Kolonialzwecke entfallen.

Aber braucht nicht das Deutsche Reich Mittel der Verteidigung, der Sicherung des Friedens, des Schutzes für seinen auswärtigen Handel? Und ist die Sicherheit in Handel und Verkehr nicht auch ein ökonomischer Faktor von großer Bedeutung? Zweifelsohne. Es wäre lächerlich, dies leugnen zu wollen. Aber niemand wird uns einreden können, daß bei dem heutigen Stande der Zivilisation die Güter des Friedens nur um diesen hohen Preis zu haben seien, daß der Frieden nur erhalten werden könne, wenn die Steuerschraube für Heer und Marine von Jahr zu Jahr stärker angezogen wird. An der Erhaltung des Friedens, am Schutz ihres auswärtigen Handels, sind alle Kulturnationen gleichmäßig interessiert. Und nie war dies Interesse so groß, wie heute.

Trotz aller Schutzzollreaktion steigert sich der internationale Verkehr von Jahr zu Jahr. Ein immer dichteres, immer vielseitiger verschlungenes Netz von Verbindungen aller Art — industriell, kommerziell, wissenschaftlich usw. — breitet sich über die zivilisierte Welt aus.*) Immer näher treten sich die Völker, immer solidarischer werden ihre großen Interessen. Da ist es der reine Hohn, zu sagen, daß der Friede nur um das Opfer immer größerer, immer furchtbarerer Rüstungen erkauft werden könne. Es ist das Festhalten der herrschenden Klassen an einer innerlich schon längst überlebten Politik, welches diese unerhörte Vergeudung von Arbeitskraft in Form von Rüstungen unentbehrlich macht. Diese Politik hat sich heute ein neues Gewand angezogen, sie nennt sich Weltpolitik und hat in Deutschland gerade unter der Regierung Wilhelm II. eine immer schärfere Zuspitzung erfahren. Das sprungmäßige Anwachsen des Heer- und Marineetats, das rasche Anschwellen der Nationalschuld, das ist die Rechnung, die das Volk für diese Politik zu bezahlen hat.

*) Aus Bernsteins Broschüre: Die neuen Reichssteuern, Berlin, Vorwärtsverlag. 30 Pfennig.

*) In den zwanzig Jahren von 1885 bis 1904 hat sich der Außenhandel Deutschlands von 6200 auf 13,200 Millionen Mark, der Großbritanniens von 13,000 Millionen auf 18,700 Millionen Mark, der der Vereinigten Staaten von 5500 auf 11,300 Millionen Mark im Wert gehoben. In vielen der kleineren Länder ist die Zunahme im Verhältnis noch eine größere.

Politische Uebersicht.

Fischer und Gefischte.

Aus Berlin wird uns geschrieben:

Die Nachricht des „Berl. Lokalanzeigers“, daß außer dem Major Fischer auch noch andere Offiziere aus dem tiefen Brunnen der Firma Tippelskirch-Podbielski geschöpft hätten, hat die helle Wut der „Tägl. Rundschau“ hervorgerufen. Herr Rippler, der Chefredakteur des Organs für Tippelfischerei, begnügte sich daher nicht damit, seinen Lesern zu erzählen, daß die Nachricht Scherls falsch sei, sondern er warf auch sofort die Frage auf: „Woher weiß der Scherl das?“ und ruhte nicht eher, als bis er seinen Lesern mitteilen konnte, der Verräter sei kein anderer als der Leiter des Schutztruppen-Oberkommandos Oberstleutnant Quade. „Um vor der Welt als der Mann mit dem eisernen Besen dazustehen“, habe er dem „Lokalanzeiger“ jene Mitteilung gemacht. Jetzt veröffentlicht Herr Quade in der „Nordd. Allgem. Ztg.“ eine Berichtigung, aus der hervorgeht:

Suse.

Eine schlesische Dorfgeschichte.

Von Ewald Gerhard Seeliger.

5]

„Frühstück!“ kommandierte er und schlug dabei auf den Tisch, daß es in allen Fugen krachte.

Unter dem Druck seiner tyrannischen Grausamkeit bereitete sie das Verlangte, und er sättigte sich an ihrem Brot und ihren Tränen.

„Geld her!“ herrschte er sie an.

Sie brachte einiges.

„Noch mehr!“

Als sie zögerte, hob er die Hand zum Schlage.

Da warf sie ihm den ganzen Beutel vor die Füße. Er bückte sich darnach und steckte ihn ein.

„Nimm Dich in Acht!“ knirschte er tückisch, „Du bist nicht die erste, die ich kirre gemacht habe.“

Dann ging er zur Hintertür hinaus und schlug sich durch die Felder auf die Waldecke zu, über die das Kirchturmkreuz des Nachbardorfes herüberblinkte.

Wie leblos hing Suse auf der Bank, sie fühlte, daß er zurückkehren und sie weiter peinigen würde.

Regungslos stierte sie in die Ecke. Unschuldig war sie in diese Schuld gekommen. Sterbenswund war sie, und doch wollte sie nicht sterben. Sie wollte für ihr Leben kämpfen und sich wehren gegen den fremden Satan. Wenn nur erst Christoph wieder daheim wäre! Und ihre Augen begannen sich wieder zu bewegen, und sie hörte, daß die Kühe nach Futter brüllten.

Da schleppte sie sich müde und entkräftet an die Arbeit.

Als Christoph Kagerah mit dem leeren Wagen in den Hof einbog, hantierte sie im Garten mit der Gießkanne. Kaum sah sie ihn kommen, lief sie ihm entgegen und warf sich ihm an den Hals. Sie umklammerte ihn fest und preßte ihr Gesicht an seine Brust. Erstaunt und befangen strich er ihr mehrmals zärtlich über den Scheitel.

„Ist der Knecht schon da?“ fragte er endlich.

Suse schwieg, nur ihr Atem ging hastig und stockend.

„Hier bänget er!“ sagte Menz Meyer und kam hinter dem Wagen hervor, log sich die Ausrede zurecht, daß er auf dem Hinweg ein Stück zu Fuß gegangen sei und den Rückweg mit einer Fuhre aus dem Nachbardorfe gemacht hätte, weil er zu spät gekommen wäre. Dann machte er sich bei den Pferden zu schaffen.

Suse aber zog ihren Mann eilig ins Haus und bat ihn inständig, sie am nächsten Sonntag mit auf den Markt zu nehmen. Er verwunderte sich und versprach es.

Erleichtert atmete sie auf, doch von Menz Meyer sagte sie nichts.

VII.

In den nächsten Tagen wich Suse nicht von Christophs Seite. Immer fand sie Gründe, ihn zum Bleiben, Menz Meyer aber zum Gehen zu bringen. Der arbeitete nicht mehr in der alten Weise. Lässig führte er den Spaten, zeitig machte er Feierabend und ging ins Wirtshaus, wo er Suses Taler springen ließ. Bald war der Beutel leer, und er lauerte ihr auf, daß sie ihn wieder fülle. Und sie tat es, denn seine Drohungen schmerzten sie wie Peitschenschläge.

Fester klammerte sie sich an ihren Mann, denn wenn er in der Stube war, sprach Menz Meyer nur mit den Augen, und denen konnte sie ausweichen.

Christoph forschte nicht nach der Ursache ihrer Veränderung, er empfand vielmehr eine stille Freude darüber, und die Angst, daß sie ihm entgleiten könnte, verlor er völlig. Er sah nicht die rastlose Qual, die ihr die Wangen rötete und die Züge verzerrte, er glaubte, ein lang vermißtes Lächeln zu sehen und wiedererwachte Freude am Leben, daß sie den Wunsch nach dem Kinde überwunden hätte und fortan nur für ihn und seine Liebe leben wolle. Stärker umfing er sie, treuer hielt er zu ihr, und begann wieder an das Glück zu glauben.

Wie er sich auch mühte, Menz Meyer fand keine Gelegenheit mehr, Suse auch nur ein Wort im Geheimen zuzuflüstern. Aber sie wußte, was seine kleinen, lungernden und lüsternen Augen von ihr forderten. Und ein Ekel stieg jedesmal in ihr auf, der sie zu ersticken drohte.

Einmal war sie schon nahe daran gewesen, Christoph alles zu erzählen, aber die Scham preßte ihr die Kehle zusammen und die Angst, ihn unglücklich zu machen oder ihn gar zu verlieren, verschloß ihr die Lippen.

Selbst wollte sie es tragen und allein, solange es dauern würde, und hoffte, das [illegible] sie [illegible] Menz Meyer mußte fort! Alles Geld, was sie hatte, wollte sie ihm geben, wenn er gutwillig ging.

Und er nahm das Geld und blieb.

Am Sonntag Morgen standen zwei vollbepackte Gemüsewagen im Hofe. Das hatte Menz Meyer angestiftet, und Suse hatte es wider ihren Willen bei ihrem Manne durchsetzen müssen. Auch wollte sie merkwürdigerweise an demselben Platz im Wagen sitzen, auf dem Menz Meyer die Reise mitgemacht hatte. Höher als sonst hatte der um diese Stelle herum die Körbe verstaut. Christoph Kagerah schüttelte darüber den Kopf, denn er verstand es nicht, aber er ergab sich darein.

Zeitiger als sonst schirrten sie die Pferde an. Christoph nahm die beiden Braunen, Menz Meyer den alten einäugigen Schimmel. Suse kletterte auf den Wagen und setzte sich neben ihren Mann. Menz Meyer sah es, biß vor Wut durch die Zähne und trieb auf den armen Schimmel ein.

Bald darauf bogen die beiden Wagen in die Chaussee ein und rollten der Hauptstadt zu: Christoph Kagerah mit seinen Braunen voran, hinterdrein Menz Meyer mit seinem Schimmel, der eigensinnig den Zwischenraum von zehn Schritten weder verkürzte noch verlängerte.

Phylax war zu Hause geblieben und half den beiden Nachbarsleuten, mit denen man in Frieb und Freundschaft lebte, den großen Garten bewachen.

Gegen Abend wurde Rast gemacht. Christoph ging ins Haus, Wasser für die Pferde zu holen, während ihnen Menz Meyer aus dem Futtersack die Krippen füllte.

Dabei raunte er Suse mit wutunterdrückter Stimme zu: „Kommst Du nicht, dann erzähl' ich's ihm an der Stelle! Ich klopf drei Mal!“

Suse zitterte am ganzen Leibe, tat aber als hätte sie nichts gehört.

„Kommst Du, gehe ich morgen fort für immer.“

Da sah sie ihm voll ins Gesicht, und lodernder Haß stürmte aus ihren Augen. Dann schloß sie schaudernd die Lider und nickte stumm.

Als Christoph Kagerah wieder heraus kam, kroch Suse über den Wall der Körbe nach der hinteren Ecke des Wagens. Er rief sie an und warf ihr eine wollene Decke zu.

Menz Meyer räumte darauf die Krippen an die Hauswand hinüber und zündete die Laternen an. Dann fuhren sie weiter: Christoph Kagerah voran, Menz Meyer hinterdrein.

(Schluß folgt.)

Am 22. August, gegen 10 Uhr Abends, sei in seiner Wohnung ein Redakteur des „Lokalanzeigers" erschienen und habe ihm mitgeteilt, die Redaktion kenne einen Offizier, der ebenso wie Major Fischer erhebliche Darlehen von Tippelskirch erhalten habe. Der Redakteur, von Spalding, bat um die Ermächtigung, diese Nachricht dementieren zu dürfen. Oberstleutnant Quade lehnte es ab, diese Ermächtigung zu erteilen, und forderte den beschuldigten Offizier zur Rechtfertigung auf. Der Offizier gab zu, von der Firma Darlehen in Waren und in bar erhalten zu haben. Nun erschien bei Oberstleutnant Quade abermals ein Berichterstatter des „Lokalanzeigers", Hauptmann Dannenberg, und erklärte ihm, daß der Redaktion die Nachricht über den betreffenden Offizier positiv bestätigt worden sei, und daß sie nun die Veröffentlichung nicht unterlassen könne. Oberstleutnant Quade eröffnete nun dem Berichterstatter, wie sich die der Redaktion bekannt gewordenen Geldverbindlichkeiten des betreffenden Offiziers aufgeklärt hätten und bat in dessen Interesse, daß kein Name veröffentlicht werden solle.

Schließlich teilt die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung" mit, daß Herr Quade gegen die „Tägliche Rundschau" Strafantrag gestellt habe. Diese aber bleibt bei ihrer Behauptung und teilt mit, daß ihre Angaben auf zweimaligen ausdrücklichen Erklärungen eines Redakteurs des „Berliner Lokalanzeigers" beruhten. Das letztgenannte Blatt aber selbst schreibt:

Die Behauptungen der „Täglichen Rundschau" sind von Anfang bis zu Ende eine dreiste Unwahrheit, für die es keine andere Erklärung gibt, als die Angst und den brennenden Rachedurst ihrer durch die Kolonialskandale bedrohten oder bereits belasteten Hintermänner.

Man kann aus diesen verschiedenen Mitteilungen erkennen, welcher Apparat der Spionage und Gegenspionage von den verschiedenen Parteien des Kolonialskandals aufgeboten wird. Der durch die Mitteilungen des „Lokalanzeigers" belastete Tippelskirch-Offizier sucht seinem Vorgesetzten ein Bein zu stellen, indem er von unerlaubter Beziehungen zur Presse beschuldigt. Dieser Vorgesetzte selbst unterhandelt mit den Angestellten Scherls, der ihm und der Regierung durch die Aufnahme eines von ihm verfaßten offiziösen Artikels in den „Tag" einen nicht unerheblichen Dienst geleistet hat — Hand wird nur von Hand gewaschen — und veranlaßt die teilweise Vertuschung der Angelegenheit: der Name des Offiziers soll nicht genannt werden. Die Gegenpartei steckt sich wieder hinter einen Redakteur des „Lokalanzeigers" und benutzt diesen als Spitzel. So geht es lustig die Hintertreppen hinauf und hinunter.

Der ungenannte Offizier soll mit der Firma Tippelskirch „dienstlich nichts zu tun gehabt" haben, er gehört aber dem Oberkommando der Schutztruppe an. Die Firma Tippelskirch wird also wissen, warum sie sich von ihm, wie er sich selbst ausdrückt, „als Bank" benutzen ließ. Seiner schönen Augen wegen hat sie es schwerlich getan.

Mucker und Zeloten an der Arbeit.

Die Kreissynoden des Bezirks Nassau beschäftigten sich im Auftrage des Konsistoriums unter anderem auch mit der Frage, wie dem Eindringen der „verderblichen Literatur" in den Gemeinden wirksam entgegengetreten werden könne. In der Kreissynode Herborn hatte Seminar-Oberlehrer Schnurr von Dillenburg in dieser Angelegenheit das Korreferat. Was darüber nun jetzt die „Preuß. Lehrerztg." nach der gedruckt vorliegenden Verhandlungen der Kreissynode mitteilt, mutet seltsam, sehr seltsam an. Geben wir daraus hier ein Pröbchen: Von seinem Kampfe gegen die schlechte Literatur konnte Herr Schnurr berichten, daß er den schlechten Geschmack eines Jugendbekannten so gänzlich gebessert habe, daß „Gottfried von Straßburg", Wieland, Heine, Goethes „Faust" von sei em Schreibtisch verschwanden (Das mag ein netter Idiot gewesen sein!) und Platz machten für Funkes Buch „Seelenkämpfe und Seelenfrieden" und für die „Große Missionsharfe". Herr Schnurr ist offenbar ein Mann nach dem Herzen Stoecker's. Vielleicht bringt seine Seminar-Autorität es noch dahin, daß Goethe und Schiller gänzlich aus der Schule verschwinden. Mit einem „Ministerium des Geistes", wie wir es jetzt haben, sind sie auch wirklich schlecht vereinbar. — Uebrigens würde die Arbeit dieser Literaturverhunzer nicht entfernt so erfolgreich sein, ihr Kampf gegen Goethe, Heine und andere Großen der Nation nicht entfernt so wirksam, wenn in unseren Schulen die Pflege der Klassiker eine intensivere wäre. Denn Kinder, die unsere Klassiker kennen, denen bewußt ist, was wir und die Kultur ihnen verdanken, die lassen sich ihren Heine und Goethe nicht von zelotenhaften Pfaffen und Dunkelmännern aus dem Herzen reißen!

Die Denkmalswütigen.

In Rüttenscheidt bei Essen haben sich die Patrioten kürzlich ein Kriegerdenkmal gebaut. Da die Sammlungen freiwilliger Beiträge bei der üblichen Knauserigkeit der Patrioten nicht die für das Denkmal benötigte Summe zusammenbrachten, bewilligte der Gemeinderat den Fehlbetrag aus Gemeindemitteln. Nun hat sich mit einem Male herausgestellt, daß kein einziger Rüttenscheidter in den Kriegen von 1864, 1866 und 1870—71 sein Leben fürs Vaterland geopfert hat, und auf dem Essener Bauamt zerbricht man sich vergeblich den Kopf darüber, wem man das Denkmal jetzt widmen soll. Vielleicht ist man in der Lage, die Rüttenscheidter und Rüttenscheidterinnen noch zu ermitteln, die 1864, 1866 und 1870—71 fleißig Scharpie gezupft haben, was nach dem damaligen Stande der Kriegschirurgie ein großes Verdienst war. Auch die milden Stifter von „Liebeszigarren" hätten wohl Anspruch auf die Verewigung ihrer Namen für die Nachwelt.

Ein ergötzliches Seitenstück zu dieser famosen Affäre wird dem „B. T." aus Seehausen in der Altmark berichtet: „Am nächsten Sonntag soll hier ein Kriegerdenkmal enthüllt werden, zu dem die Gefallenen ebenfalls fehlen. Als vor einigen Jahren der damalige Kriegervereinsvorsitzende den Bau eines Kriegerdenkmals in Vorschlag brachte, fand der Gedanke ein lautes Echo. Es wurde so fleißig gesammelt, daß der Plan bald verwirklicht werden konnte. Da machte man die unliebsame Entdeckung, daß in den Kriegen 1864, 1866 und 1870 und 1871 niemand von Seehausen fürs Vaterland gefallen war. Nun kam man auf den Gedanken, das Denkmal unter dem Namen eines Kaiser-Kriegerdenkmals segeln zu lassen, trotzdem ein Kaiserdenkmal nicht ohne Genehmigung des Kaisers aufgestellt werden darf. Das war zwar fatal, hinderte aber die biederen Kriegervereinler nicht, es so zu nennen, und so wird denn am 9. September das Kaiser-Kriegerdenkmal hier enthüllt werden."

Es dient der Kultur nur zum Nutzen, wenn sich diese denkmalssüchtigen Hurrapatrioten nach allen Regeln der Kunst blamieren.

Politik in der Schule.

In der „Täglichen Rundschau" lesen wir: „Wie schon in den beiden vergangenen Jahren hat auch das diesjährige Sedanfest dem Direktor des Realgymnasiums in Grunewald Veranlassung gegeben, die Schüler auf die Kämpfe unserer braven Krieger in Südwestafrika hinzuweisen und sie im Hinblick auf das kommende Weihnachtsfest zur Oeffnung ihrer Sparbüchsen für eine Gabe an unsere Helden aufzufordern. Schon 1904 und 1905 gingen von dieser Anstalt recht beträchtliche Summen an die Hauptsammelstelle ab..... Dürfte dies Beispiel nicht recht vielen höheren Schulen zur Nachahmung empfohlen werden?"

Wir meinen: nein! Und alle ernst zu nehmenden Pädagogen stimmen uns darin bei. Für die Krieger hat der Staat zu sorgen, nicht die Privatschnorrerei unter Schulkindern. Wären wir boshaft, so würden wir sagen: Schnorrt immer zu! Dann bekommen wenigstens die Kinder schon früh einen Begriff von „des Reiches Herrlichkeit", die ihre eigenen Vaterlandsverteidiger der Privatwohltätigkeit überläßt.

Neue Liebesdienste für Rußland.

Aus der Stadt der reinen Vernunft, aus Königsberg, wird uns telegraphisch gemeldet:

Die hiesige Polizei verbot eine Versammlung, in der Genosse Ingenieur R. M. Grempe-Berlin einen Lichtbilder-Vortrag über die Freiheitskämpfe in Rußland halten sollte — In Breslau und anderen Orten ist dieser Vortrag gehalten worden, ohne daß man bei dieser Gelegenheit Russendienste zu verrichten für nötig fand.

Der Reichshaushalt 1905.

Die Ergebnisse des Reichshaushalts für das Rechnungsjahr 1905 haben sich nach dem Finalabschlusse der Reichshauptkasse, abgesehen von den auf die außerordentlichen Deckungsmittel angewiesenen Ausgaben, im Vergleiche zum Etat in runden Summen, wie folgt, gestaltet:

Beim Auswärtigen Amt einschließlich der Kolonialverwaltung waren 410,000 Mark mehr erforderlich.

Im Bereiche des Reichsamts des Innern ist eine Wenigerausgabe von 2,513,000 Mark zu verzeichnen, welche mit 2,239,000 Mark den Reichszuschuß auf Grund des Invalidenversicherungsgesetzes und mit 181,000 Mark den Fonds zu Familienunterstützungen aus Anlaß von Friedensübungen betrifft. Hier wäre aber ein Sparen gar nicht am Platze gewesen. Das Statistische Amt hat 105,000 Mark mehr erfordert.

Für das Reichsheer sind bei den Kontingents-Verwaltungen von Preußen, Sachsen und Württemberg bei den fortdauernden Ausgaben 314,000 Mark und bei den einmaligen Ausgaben 613,000 Mark mehr erforderlich gewesen, während bei den Einnahmen 2,529,000 Mark weniger aufgekommen sind, so daß das Gesamtergebnis beim Reichsheere sich gegen den Etat um 3,456,000 Mark ungünstiger stellt. Die Mehrausgabe ist hauptsächlich auf die überetatsmäßige Aufwendung von 725,000 Mark für Grundstückserwerb in Wiesbaden zurückzuführen.

Bei der Marineverwaltung schließen die fortdauernden Ausgaben einschließlich der entsprechenden Titel des allgemeinen Pensionsfonds mit 590,000 Mark, die einmaligen Ausgaben mit 85,000 Mark Ersparnis ab. Weniger Bedarf ist eingetreten bei der Geldverpflegung der Marineteile, bei den Indienthaltungen sowie bei der Instandhaltung der Flotte und den Werften. Dagegen sind bei der Naturalverpflegung und beim Kapitel „Waffenwesen und Befestigungen" Mehraufwendungen notwendig geworden. Da die Einnahmen der Marineverwaltung einen Zugang von 776,000 Mark — namentlich aus dem Verkauf von Schiffen — nachweisen, so ist das Ergebnis bei diesem Teile des Reichshaushalts um 1,451,000 Mark gegen den Etatsansatz günstiger.

Beim Reichsschatzamt sind 728,000 Mark Mehrausgaben beim Münzwesen zu verzeichnen, die jedoch ihre Deckung in dem bedeutend höheren Münzgewinne finden. Ferner mußten auf Grund des § 11 des Süßstoffgesetzes vom 7. Juli 1902 als Entschädigung noch 608,000 Mark außeretatsmäßig aufgewendet werden.

Die Verwaltung und Verzinsung der Reichsschuld hat mit einer Mehrausgabe von 6,362,000 Mark abgeschlossen. Zur Verzinsung der konsolidierten Reichsanleihe waren 8,455,000 Mark und zur Verzinsung der Mittel, welche zur vorübergehenden Verstärkung der Betriebsmittel der Reichshauptkasse dienten, 4,710,000 Mark mehr als angesetzt aufzuwenden.

Beim Reichsinvalidenfonds sind insgesamt 3,614,000 Mark Mehrausgaben entstanden.

Bei den einmaligen Ausgaben der Reichspost- und Telegraphenverwaltung sind 122,000 Mark, bei denjenigen der Reichseisenbahnverwaltung 144,000 Mark mehr aufzuwenden gewesen, während bei der Reichsdruckerei 64,000 Mark in Abgang gekommen sind.

Im ganzen werden bei den in Betracht kommenden Fonds die Minderausgaben durch die Mehrausgaben um 9,278,000 Mark überschritten.

Die Einnahmen an Verbrauchsabgabe für Branntwein sowie an Maischbottich- und Branntweinmaterialsteuer, deren Reinertrag den einzelnen Bundesstaaten zu überweisen ist, sind um 7,755,000 Mark hinter dem Etatsansatze zurückgeblieben, dagegen haben die Reichsstempelabgaben für Wertpapiere usw., deren Reinertrag ebenfalls den Bundesstaaten zusteht, 14,471,000 Mark mehr erbracht, so daß an Ueberweisungssteuern im ganzen 6,716,000 Mark mehr aufgekommen sind.

Von den dem Reiche zustehenden Steuern usw. haben Mehrerträge gebracht: die Zölle — hauptsächlich durch die Voreinfuhr aus Anlaß der Einführung des neuen Zolltarifs — 89,564,000 Mark, die Tabaksteuer 1,136,000 Mark, die Salzsteuer 469,000 Mk., die Schaumweinsteuer 109,000 Mk., die Brausteuer 1,905,000 Mark, die Steuer-Aversa der Anschlußgebiete 8000 Mark, der Spielkartenstempel 135,000 Mark, die Wechselstempelsteuer 2,182,000 Mark, die Statistische Gebühr 191,000 Mark; bei der Brennsteuer, welche in der Gestalt von Vergütungen für ausgeführten oder zu gewerblichen Zwecken verwendeten Branntwein wieder zur Verausgabung gelangt, sind zunächst 2,724,000 Mark mehr vereinnahmt als verausgabt worden. Gegen den Voranschlag zurückgeblieben ist die Zuckersteuer um 17,091,000 Mark. Zucker als Nahrungsmittel muß eben das Volk mehr und mehr entbehren! Von den Betriebs-Verwaltungen hat nur die Reichseisenbahn-Verwaltung bei einer Mehreinnahme von 4,696,000 Mark gegenüber einer Mehrausgabe von 3,290,000 Mark ein Mehr und zwar in Höhe von 1,406,000 Mark abgeliefert; dagegen sind die Reichspost- und Telegraphen-Verwaltung bei einer Mehreinnahme von 9,842,000 Mark und einer Mehrausgabe von 18,400,000 Mark um 8,558,000 Mark, und die Reichsdruckerei bei einer Mehreinnahme von 694,000 Mark und einer Mehrausgabe von 1,248,000 Mark um 554,000 Mark hinter dem Anschlage zurückgeblieben. Die verschiedenen Verwaltungs-Einnahmen sind unter Einrechnung der oben bereits erwähnten Mindereinnahme bei der Militär-Verwaltung und der Mehreinnahme bei der Marine-Verwaltung um 6,583,000 Mark über das Etatssoll hinausgegangen.

Bei den Matrikular-Beiträgen sind nicht nur die oben erwähnten aus den Mehrerträgen bei den Reichsstempelabgaben herrührenden 6,716,000 Mark, sondern in Gemäßheit des § 4 des Statsgesetzes vom 1. April 1905 auch die dann noch aus dem Rechnungsjahre 1904 in Rest verbliebenen, sowie die gesamten für das Rechnungsjahr 1905 gestundeten Beiträge — im ganzen 71,598,000 Mark — in Abgang gestellt worden, weil die in Betracht kommenden übrigen ordentlichen Einnahmen des Reiches dessen Bedarf im selben Rechnungsjahr überstiegen. Die Bundesstaaten sind somit von der Zahlung der sämtlichen für die Rechnungsjahre 1904 und 1905 gestundeten Matrikularbeiträge befreit worden.

Abgesehen von diesen Mehreinnahmen sind also an ordentlichen Einnahmen, soweit sie dem Reiche zustehen, im ganzen noch 15,586,000 Mark mehr aufgekommen.

Was soll da wieder vertuscht werden?

Von der Verhaftung eines Beamten des Auswärtigen Amtes wegen schwerer Urkundenfälschung wird erst jetzt etwas bekannt, obwohl die Verhaftung bereits etwa drei Monate zurückliegt. Es handelt sich, nach der „Frk. Ztg.", um den Bibliothekar Röttger. Dieser hatte, nachdem er bereits vorschußweise einen Teil seines Gehalts erhoben, die Unterschrift des Kassenkurators Rienäcker gefälscht, um sich einen zweiten Vorschuß zu verschaffen, den er in ordnungsmäßiger Weise nicht zu erhalten fürchtete. Die Fälschung wurde aber von dem Kassenrendanten Klose entdeckt und angezeigt, worauf Röttger in Haft genommen wurde. Bis dahin ist an dieser Sache, so bedauerlich auch die schwere Verfehlung des Beamten ist, nichts besonders Bemerkenswertes. Sie erhält aber dadurch ein anderes Gesicht, daß dem Vernehmen nach auf Veranlassung der vorgesetzten Behörde (!) Röttger jetzt auf seinen Geisteszustand untersucht wird, obwohl nach der Versicherung aller, die Herrn Röttger kennen, an Irrsinn bei ihm gar nicht zu denken ist. Würde der ungetreue Beamte für geisteskrank erklärt werden, so würde eine Bestrafung natürlich unterbleiben müssen. Mit Rücksicht hierauf und auf den Umstand, daß Röttger überall Vorgänge im Auswärtigen Amt vorzüglich orientiert war, knüpft man an die eigenartige Wendung der Angelegenheit allerlei Vermutungen, denen Ausdruck zu geben wir uns vorläufig versagen.

Die Penäler für Pod. Eine „Wallfahrt nach Dallmin" wurde jüngst unternommen von — Primanern des Sophiengymnasiums in Berlin, die ihrem Zeichenlehrer keine Ruhe ließen, bis er sie am Sedantage auf das Gut des Landwirtschaftsministers führte. In die Schilderung, die einer der jugendlichen Wallfahrer dem Organ des Bundes der Landwirte großmütig zur Verfügung gestellt zu haben scheint, ist folgender Satz geflossen:

„Die Sophien-Gymnasiasten kamen am Sonnabend, den 1. September um 9 Uhr in Karstädt in großer Erwartung an, ob sie den vielgeschmähten Mann auch persönlich kennen lernen würden." Natürlich hat Podbielski, der kein Unmensch ist, die Sehnsucht der jungen Herzen gestillt und ihre Huldigungen in allerhöchsteigener Person entgegenzunehmen geruht. Dafür versichert der Zeichenlehrer Hunke den Minister am Schlusse der Vorstellung, „wie der Augenschein gezeigt, habe sich Exzellenz als ein rechter Führer der deutschen Landwirtschaft bewiesen, und er könne nur wünschen, daß Exzellenz in der ihn umtosenden Brandung feststehen und noch recht lange seine Kraft dem Vaterlande widmen möge."

Wenn nun noch die Rangen aus der Kleinkinder-Bewahranstalt für Pod eintreten, ist er gerettet. Wie mag er auf diese Huldigung stolz sein!

Neue Opfer „unseres" Kolonialkrieges. Nach einem Telegramm aus Windhuk ist der Reiter Lorenz Lichtle, geb. am 20. 12. 79 zu Winzenheim, am 8. August d. J. in Koloog an Lungenentzündung und der Reiter Josef Bächle, geb. am 17. 10. 81 zu Möggenschwihl, am 28. August d. J. in Dawignab infolge Verwundung gestorben. Am 28. August d. J. beim Ueberfall der Pferdewache bei Warmbad es ist der Reiter Eduard Winter, geb. am 13. 11. 81 zu Oerlinghausen, gefallen, Gefreiter Max Beinig, geb. am 26. 11. 81 zu Hartmannsdorf, war vermißt und wurde am 30. August d. J. mit Bauchschuß tot aufgefunden.

Ein Opfer der Liebesgaben-Enthüllungen? Die „Frk. Ztg." berichtet: Hauptmann Kepler, bisher beim Oberkommando der Schutztruppe in Berlin, wird, wie wir hören, demnächst wieder in das Heer zurücktreten. Diese Tatsache ist deshalb interessant, weil Herr Hauptmann Kepler der Kassenführer des südwestafrikanischen Liebesgabenfonds ist. Daß die Rückversetzung in das Heer in diesem Falle keine Auszeichnung ist, brauchen wir wohl nicht zu betonen.

Um das anständigste Mitglied ist der antisemitische Kyffhäuser-Verband ärmer geworden. Wie nämlich das „L. T." mitteilt, ist Pfarrer Naumann jetzt aus dem Kyffhäuser-Verbande ausgetreten. Bisher hatte es sich Herr Naumann, wie bekannt, immer noch zur „Ehre" geschätzt, diesen antisemitischen Vereinen anzugehören. Endlich scheint er eingesehen zu haben, daß sich das mit seiner gegenwärtigen Stellung innerhalb der freisinnigen Vereinigung und weil er doch als anständiger Mensch gelten will, nicht verträgt. Es hat etwas lange gedauert, ehe Herr Naumann zu dieser Einsicht gelangt ist.

Die armen Tuch-Spekulanten! Die Einführung einer neuen — graugrünen oder grauen — Feldbekleidung für das Heer wird trotz Meldung der „N. mil.-pol. Korresp." zufolge noch gute Wege haben. Angeblich weil Wilhelm II. es so will. Die nächsten und keineswegs abschließenden Berichte der Truppenteile, die mit Feldversuchsuniformen ausgerüstet sind, sollen erst am 31. März 1907 an der zuständigen Stelle — der Bekleidungsabteilung des Kriegsministeriums — eingehen. Auch hieraus geht hervor, daß die Tage des blauen Rockes noch keineswegs gezählt sind. Von anderer militärischer Seite wird allerdings die Unzweckmäßigkeit der blauen Farbe für das Gelände energisch betont.

Fromme Zentrümler unter sich. Ein großer Krach ist unter den Schwarzen ausgebrochen. Die „Tägliche Rundschau" meldet darüber: „Der Zentrumsabgeordnete Fusangel ist zurzeit in über 40 Prozesse, größtenteils mit Redakteuren ultramontäner Zeitungen verwickelt. Da Herr Fusangel sich auf seine parlamentarische Immunität beruft, so wird bis zur Erledigung der Prozesse noch recht viel Zeit vergehen. In Essen hat, nach der „Rhein.-Westfäl. Ztg.", kürzlich sogar eine Versammlung von Zentrumsredakteuren, die sich mit ihm in Klage befinden, stattgefunden, um über ein gleichmäßiges Vorgehen zu beraten. Die Zentrumsfraktion des Reichstages hatte sich bereits mit einem direkten Antrag auf Ausschließung Fusangels zu beschäftigen. Sie glaubte ihm aber nicht stattgeben zu können, angeblich, weil es an Bestimmungen über den Ausschluß aus Partei und Fraktion fehlt."

Kleine politische Nachrichten.

Bernhard Dernburg hat, wenn der „Konfektionär" recht berichtet ist, durch den Eintritt in die Kolonialabteilung ein Jahreseinkommen von mindestens einer Viertelmillion aufgegeben, um dafür mit dem zehnten Teil vorlieb zu nehmen. Die Zahl der Aufsichtsratsstellen, die er niederlegen mußte, beträgt nicht 13, wie die „Voss. Ztg." nach einer ungefähren Zusammenstellung berechnete, sondern 38. Ferner hat Dernburg auch seine sämtlichen Aktienbeteiligungen an industriellen Unternehmungen aufgegeben. Was doch der Ehrgeiz alles vermag! — Der Achtuhr-Ladenschluß für alle Branchen soll nach der „Voss. Ztg." in Leipzig laut einem Beschlusse der Kreishauptmannschaft vom 1. Oktober ab eingeführt werden. Ausgenommen sind nur die Vorabende vor Sonn- und Feiertagen, die letzten vierzehn Tage vor Weihnachten, acht Tage vor Ostern und sechs Tage vor Pfingsten. — Nach der in dem II. Vierteljahrsheft zur „Statistik des Deutschen Reichs" veröffentlichten Statistik über die Zoll- und Steuerstraffälle im deutschen Zollgebiet sind während des Rechnungsjahres 1905: 28,166 Straffälle gegen 28,951 im Vorjahr wegen Uebertretung der Zoll- und Steuergesetze sowie der Ein-, Aus- und Durchfuhrverbote anhängig geworden, und 27,458 Straffälle gegen 29,101 im Vorjahr haben ihre Erledigung gefunden. Wegen Defraudation wurden im Rechnungsjahr 1905: 12,464 Personen zu Geldstrafen verurteilt, darunter 164 Personen zusätzlich mit Freiheits-

strafe, gegen 14,050 und 78 Personen im Vorjahr. — Vom 1. bis 4. Oktober wird in Berlin in den Räumen der Universität ein Kongreß für Kinderforschung und Jugendfürsorge abgehalten werden. Den Vorsitz im Ausschuß führt Prof. W. Münch. — Der Landtag des Großherzogtums Weimar tritt Anfang Oktober kurz vor den Neuwahlen zu einer voraussichtlich achttägigen Sitzung zusammen, um endgiltig über die Aufhebung der Gerichtsgemeinschaft mit Reuß jüngere Linie zu beschließen. — Im Haag ist der Internationale Tuberkulose-Kongreß eröffnet worden. Von Breslau ist u. a. Prof. Flügge dort.

Ausland.

Anders wie in Deutschland reeln sich die Staatsschulden in Amerika. Es wird gemeldet: „Die Staatsschuld der Vereinigten Staaten hat im vergangenen Monat um 8,488,418 Dollars abgenommen; der Barbestand des Schatzes beträgt 1,516,178,999 Dollars." Dasselbe Bild hat sich noch stets da gezeigt, wo der Wahnwitz der Kriegsrüstungen nicht solche Riesensummen verschlingt wie im Militärstaate Deutschland.

Die russischen Wirren.

Ein Revolverattentat

wurde in Warschau am Montag auf den Kommandanten der zweiten Brigade der vierten Division General Timmentkow, verübt. Der General verließ seine Wohnung bei der St. Kalitgasse Nr. 1 und wollte eben eine an der Ecke stehende Droschke besteigen, als ein unbekannter Mann auf der Gasse kniend fünf Revolverschüsse gegen ihn abfeuerte. Drei Kugeln trafen den General, welcher, stark blutend, zusammenbrach. In demselben Augenblick befand sich auf dem Balkon des nahe gelegenen Hauses ein Offizier, welcher Zeuge des Vorganges gewesen war, und jetzt auf den Täter feuerte. Die Entfernung scheint jedoch zu groß gewesen zu sein, denn der Attentäter entfernte sich ganz ruhig durch die nächste Seitengasse. Die Nachforschungen blieben ohne Erfolg. Die Wunden des Generals sind schwer, doch scheinen sie nicht tödlich.

Breslauer Nachrichten.

Breslau 7. September.

Die Tariftreue der Breslauer Steinsetzmeister!

Ein Bild von der Vertragstreue der Innungsmeister erhält man, wenn man sich die Verhältnisse genau betrachtet, wie sie in diesem und im vorigen Jahre im Steinsetzerberufe geherrscht haben und zum allergrößten Teil noch herrschen. Es handelt sich bekanntlich um die wiederholten Tarifbrüche der Firma Simonowsky. Tarifbrüche sind ja schließlich genug vorgekommen, auch von anderen Meistern, denn was der eine tut, das müssen die anderen auch probieren. Aber wie der Fall bei der Firma Simonowsky liegt, das dürfen sich die Arbeiter auf keinen Fall bieten lassen, das bedeutet für sie einen Schlag ins Gesicht, und sie müßten sich schämen, organisiert zu sein, wenn sie sich das gefallen ließen. Kollege Wengler ist nun bei dem Meister Simonowsky wegen des Tarifbruches vorstellig geworden, der darin besteht, daß drei Arbeiter und ein Lehrbursche minderwertiges Pflaster herstellen, ohne daß ein einziger Geselle dazu verwendet worden ist. Auf die Frage des Vorsitzenden der Steinsetzer, wie er denn dazu komme, durch ungelernte Arbeiter minderwertiges Pflaster herstellen zu lassen, antwortete ihm ganz höhnisch der Meister, das sind alles Lehrburschen und Ihr könnt ja machen, was Ihr wollt. Es werden also die Arbeiter, wenn die Geschäftskonjunktur keine gute ist, als Arbeiter behandelt und sind auch wirklich Arbeiter, ist aber flotter Geschäftsgang, so sind es gleich Lehrburschen. Traurig ist es aber, daß zwei davon schon über 20 Jahre und der eine gar schon 38 Jahre alt ist. Traurig ist es weiter, daß diese Arbeiter nicht ein Fünkchen von Solidaritätsgefühl besitzen. Politische wie gewerkschaftliche Organisationen sind ihnen unbegreifliche Dinge. Solche Elemente sind allerdings jedem Unternehmer willkommen, hauptsächlich bei Differenzen. Was nun aber die finanzielle Seite anbelangt, so erhalten die Arbeiter für ihre Pflasterarbeit einen Tagelohn von sage und schreibe 3 Mark pro Tag, während ein Steinsetzer für diese Arbeit 6.50 Mark pro Tag Lohn erhält. Dieser Umstand hat die Erbitterung der organisierten Steinsetzer, Rammer und Hilfsarbeiter in so hohem Maße wachgerufen, daß dieselben in einer Versammlung einstimmig beschlossen, die Arbeit bei der Firma einzustellen und diesen Herren zur Einhaltung des bestehenden Vertrages zu zwingen. Begründet ist dieses Vorgehen durch die einstimmig erfolgte Annahme nachstehender Resolution:

„Die am 5. September stattgefundene öffentliche Versammlung der Steinsetzer, Rammer und Hilfsarbeiter spricht ihre schärfste Mißbilligung über diesen offenbaren Tarifbruch des Steinsetzmeisters Simonowsky aus, denn ein solcher ist das Verhalten desselben. Die Versammlung spricht zugleich ihr lebhaftes Bedauern darüber aus, daß alle Bemühungen des Vorstandes, die Differenzen friedlich beizulegen, ohne Erfolg geblieben sind. Die Versammelten erklären gleichzeitig, den Rat der Meister zu befolgen, das heißt „zu tun, was sie wollen". Sie werden auch nichts unversucht lassen, um ihren Willen, die betreffenden Mißstände zu beseitigen, durchzusetzen."

* **Aus der Rolle gefallen** ist die „Breslauer Morgenzeitung", indem ihr potheitscher Artikel über den Kaisereinzug eine ganz unvermutete Wendung enthält. Es heißt da:

Fräulein Ida Bender, die Tochter des Oberbürgermeisters, trat nunmehr an den Wagen der Kaiserin. Die junge Dame, die in eine weißseidene, reichgarnierte Balkonrobe aus dem Atelier des Hoflieferanten Cohn gekleidet war, überreichte usw. usw.

Allerdings können boshafte Leute dahinter auch die Absicht wittern, der leistungsfähigen Firma Cohn eine Anzahl Bestellungen zuzuschanzen.

* **Man muß die Feste feiern, wie sie fallen,** lautet ein altes Sprichwort, das nicht mehr recht zutrifft. Jetzt müssen nämlich die Feste gefeiert werden, wann es „oben" gefällt. So verkündete u. a. ein Fabrikanschlag in Karlowitz:

„Auf allgemeines Verlangen bleibt Freitag, den 7. Sept., die Fabrik geschlossen. A. Lehmanns Nachflg., Karlowitz."

Da mittlerweile der Ausdruck „allgemeines Verlangen", der Allgemeinheit, den dort beschäftigten Arbeitern gegenüber nicht gut aufrecht erhalten werden konnte, so wurde ein neuer Anschlag angebracht:

Es wird bekannt gemacht! Dem Verlangen, am Freitag, den 7. September, nicht zu arbeiten, wird hiermit stattgegeben. A. Lehmanns Nachfl., Karlowitz.

Punktum: Freitag, den 7. September, feiern die Patrioten ihr Fest und ob die Arbeiter wollen oder nicht, sie haben es auch zu tun, weil der Chef das Bedürfnis fühlt, seine patriotische Gesinnung durch Arbeitsruhe in seinem Betriebe zu bekunden.

Wie die „Allgemeinheit" aussieht, die an den Unternehmer jenes Verlangen stellte, weiß jeder der dort beschäftigten gute 40 Arbeiter genau. Es sind jene Elemente, von denen man sagt, es fehlt ihnen nur noch der Schwanz zum Wedeln, im übrigen ähnelt ihr Betragen täuschend dem unseres treuesten Haustieres. An Zahl sind sie jedenfalls nicht so groß, daß man von einer „Allgemeinheit" reden könnte. Als die Arbeiter am ersten Mai ihren Feiertag begingen, wurden sie hinterher zwei Tage zur Strafe aufs Pflaster gesetzt. Wie können sich die Arbeiter auch erdreisten einen Feiertag zu machen, ohne die Erlaubnis des Unternehmers zu haben.

Im übrigen meinen wir: Wer das Bedürfnis fühlt, an jenem Tage zu feiern, der mag es tun, aber Arbeiter zwingen wollen zum Feiern, denen aller Anlaß fehlt, die himmelweit davon entfernt sind, als Patrioten gelten zu wollen, ist mindestens etwas stark.

Gewiß tut jedem, der die ganze Woche angestrengt frondet, ein Tag Ruhe not, aber dann sollte man auch den Lohn dafür bezahlen und nicht die zur Arbeitsruhe Gezwungenen die Kosten für den Patriotismus des Unternehmers tragen lassen.

Mitteilungen aus den Gewerkschaften.

Achtung, Schuhmacher! Die Ortsgeschäfte sind nunmehr vollständig an den Kollegen Gottwald übergegangen. Sämtliche örtliche Verbands-Angelegenheiten sind von jetzt ab bei demselben, Leuthenstraße 44, 1. Etage, zu erledigen. Desgleichen geht die Arbeitsvermittelung an Gottwald über. Unsere Unterkassierer und Vertrauensleute ersuchen wir, die vom 1. September an eingeführten Einheitsmarken als Bestände in Empfang zu nehmen und die Abrechnungen der alten Marken so einzurichten, daß dieselben spätestens mit dem 1. Oktober erledigt sind. Die Ortsverwaltung.

Achtung, Holzarbeiter! Wir ersuchen dringend um baldige Ablieferung aller noch außenstehenden Fragebogen. Auch fehlen noch einige Unfallbogen der Maschinenarbeiter. Das Material bitten wir, nach unserem Bureau, Ursulinerstraße 27, 1. Etage, abzuliefern. Montag, den 10. September, ist Schluß der Sammlung und muß die baldige Bearbeitung der Statistik beginnen. Daher ersuchen wir die Kollegen nochmals, noch in ihrem Besitz befindliche Fragebogen bald abzuliefern. Die Lokalverwaltung.

* **Achtung, Kutscher aller Berufe!** Sonntag, den 9. September, Abends 7½ Uhr, findet im großen Saale des „Gewerkschaftshauses" eine Versammlung statt. Bei der Wichtigkeit der Tagesordnung ist vollzähliges Erscheinen aller Kollegen erforderlich.

Aus Schlesien und Posen.

Schweidnitz, 6. September. Fortschritt in der Kirche. Ein recht langes Gesicht machte ein hiesiger Arbeiter, als er vom hiesigen katholischen Pfarramt die Rechnung für ein Kinderbegräbnis erhielt. Die Preise hatten sich gegen früher verdoppelt und verdreifacht. So war die Grabstelle mit 3 Mark berechnet, früher 1.50 Mark, ein Grabpfahl mit 75 Pfennig, früher 25 Pfennig. Man sieht, daß auch die Kirche „fortschrittlich" sein kann, wenn es sich um ihren Profit handelt.

—r. **Liegnitz**, 7. Septbr. Zur Gewerbegerichtswahl. Wie schon vor längerer Zeit an dieser Stelle berichtet wurde, hat der Bezirksausschuß auf eingelegte Berufung unsrerseits die erfolgten Wahlen zwar nicht kassiert, aber die Ermittelung des Wahlresultats für ungiltig erklärt, so daß der Wahlvorstand verpflichtet ist, eine erneute Ermittelung des Wahlresultates vorzunehmen und von unserer Vorschlagsliste 5 anstatt 4 als gewählt gelten müssen. Leider hat bisher der Vorsitzende des Gewerbegerichts den Wahlausschuß noch nicht einberufen, um den Beschluß des Bezirksausschusses zur Ausführung zu bringen, obgleich bereits zum 1. Juli die neu Gewählten in ihr Amt eingeführt werden mußten. Mit Recht fragen wir deshalb: Warum diese Verzögerung, was ist der Grund?

— Die Lassallefeier wurde von den hiesigen Genossen erst am Donnerstag Abend begangen, da es nicht möglich war, zum 31. August einen Referenten zu erhalten. Die sehr stark besuchte Feier wurde durch ein Lied des Arbeiter-Gesangvereins eröffnet. Hierauf schilderte Genosse Albert-Breslau in 1¼stündiger Rede das Leben und Wirken unseres großen Toten und verwies darauf, welche gewaltigen Waffen Lassalle für den Klassenkampf geliefert hat. Reicher Beifall belohnte den Referenten, und nach Vortrag noch einiger der Feier entsprechender Lieder des Arbeiter-Gesangvereins wurde die Feier mit der Aufforderung an die Anwesenden geschlossen, der politischen Organisation beizutreten und die Arbeiterpresse zu lesen.

Kattowitz, 6. September. Im Sozialdemokratischen Verein wurde in der letzten Sitzung das Thema „Partei und Gewerkschaften" eingehend behandelt, jedoch noch nicht zu Ende geführt. Nachdem Genosse Bruhns eine referierende Darstellung der Vorgänge, die zu dieser aktuellen Parteidiskussion führten, einen informierenden Auszug aus dem Protokoll der Gewerkschaftsvorständekonferenz und einen Ueberblick über die geschichtliche Entwickelung dieser Frage gegeben hatte, setzte eine lange und anregende Debatte ein, an der sich insbesondere auch mehrere Gewerkschaftsbeamte beteiligten und in der lebhafte Klage über das Verhalten mancher Parteiblätter und Parteiführer gegenüber den Gewerkschaften erhoben wurden, wogegen von anderer Seite auch die Indifferenz mancher Gewerkschaftsführer gegenüber der politischen Arbeiterbewegung entschieden betont wurde. Die Notwendigkeit, bei der Erledigung wichtiger Fragen der allgemeinen Arbeiterbewegung die Leitungen sowohl der gewerkschaftlichen, wie politischen Arbeiterbewegung zusammen wirken zu lassen, wurde ganz allgemein anerkannt, wenn auch über das Wie sich keine Einheitlichkeit der Meinung ergab. Die Frage der Neutralität der Gewerkschaften führte zu besonders lebhaften Auseinandersetzungen, jedoch nicht zu einem Resultat, weshalb um 11 Uhr eine Vertagung der Diskussion auf die nächste Versammlung beschlossen wurde. Diese Versammlung wird am Dienstag, den 18. September, stattfinden.

Posen, 6. September. Aufsehen erregt ein Protest des Erzbischofs Stablewski im „Dziennik Poznanski". Dieses Blatt hatte den deutschen katholischen Geistlichen vorgeworfen, ihre polnischen Pfarrkinder zu benachteiligen. Dieser Behauptung ist der Erzbischof nun energisch entgegengetreten.

Aus den Gerichtssälen.

Fahrlässige Tötung

war einem vierzehnjährigen Mädchen zur Last gelegt, das sich am Mittwoch vor der Ferienstrafkammer zu verantworten hatte. Die jugendliche Angeklagte, Gertrud Walonka, hatte ihre Mutter frühzeitig verloren, und während sich ihr Vater in Nordhausen aufhält, war sie hier bei einer Frau in Pflege. Die betreffende Pflegemutter hat bereits einen verheirateten Sohn, in dessen Familie sich ein acht Monate altes Mädchen befand. Die Angeklagte ging oft dorthin, und spielte gern mit dem Kinde. Eines Tages war sie mit dem Kleinen zum offenen Fenster gegangen um mit ihm den Klängen eines Grammophons zu lauschen, das im Hofe spielte. Sie legte das Sofakissen auf das Fensterbrett und ließ das Kind darauf knien, während sie es hinten am Röckchen festhielt. Bei einer plötzlichen raschen Bewegung des Kleinen entglitt ihr das Röckchen aus der Hand und das Kind stürzte aus dem vierten Stock in den Hof hinab. Es erlitt dabei insbesondere schwere innere Verletzungen, denen es bereits auf dem Transport zum Krankenhause erlag. Die Anklage lautete auf fahrlässige Tötung in Ausübung eines Berufes. Die Verhandlung ergab indes, daß die Beaufsichtigung des Kindes nicht zu den pflichtmäßigen Obliegenheiten des Mädchens gehört hatte. Der Staatsanwalt beantragte einen Monat Gefängnis. Das Gericht erkannte auf zwei Monate Gefängnis, bewilligte dem Mädchen aber den bedingten Strafaufschub, sodaß es bei guter Führung die Strafe nicht zu verbüßen braucht.

Neueste Nachrichten.

Keine Einigung in Stettin.

Die dreitägigen Einigungs-Verhandlungen zwischen den Vertretern des Hafenarbeiter-Verbandes und des Schutzverbandes der Reeder vor dem Einigungsamt des Gewerbegerichtes sind heute gescheitert, da die Hafenarbeiter eine Einigung mit den Reedern als unannehmbar erklärten und an ihren Forderungen festhielten. Diese Forderungen bestanden außer einzelnen Aenderungen des Tarifes noch darin, daß alle Leute wieder eingestellt werden sollten. Beide Parteien werden sich weitere Erklärungen bis zum Sonnabend vorbehalten.

Die Straßenkrawalle in Frankfurt a. M. wiederholten sich.

Wir erhielten das nachstehende Telegramm: Auch gestern Abend wiederholten sich die Menschenansammlungen in der Schnurrgasse und Altstadt. Ein Beamter wurde dabei durch Messerstiche schwer verletzt.

Quittung.

Zum Baufonds des neuen Gewerkschaftshauses sind außer den bereits quittierten 5662.75 Mk. weiter eingezahlt und zinsbar angelegt worden:

Telegr.-Ueberschuß d. ausgesp. Tischler d. Gen. Linke	1.20 „
Markenumsatz durch Genossen Ertz	10.— „
„ „ „ Machate	2.— „
„ „ „ Birkner	20.— „
„ bei den Holzarbeitern durch Genossen Buschmann	60.— „
Markenumsatz durch Genossen Kern	5.— „
„ „ Genossin Foltis	10.— „
Ueberschuß v. Hochzeitsfeier durch Genossen Fuchs	3.55 „
Sieben Nachtschwärmer beim Kegeln	1.00 „
„Kaukt Milch" durch Genossen Raden	0.30 „
Tapezierer der Werkstatt Sabath	2.— „
Ausflug Distrikte 18 und 19 vom 24. Juni durch Genossen Birkner	2.— „
Zwei Parkettleger	2.50 „
Herm. Krause	0.50 „
Frömel	0.25 „
Ueberschuß Ausflug Distrikt 7 durch Gen. Herrmann	15.— „
Ein Freund aus London durch Genossen Wiener	10.— „
Verband der Handlungs-Gehilfen, 3. Rate, durch Genossen Gaßmann	20.— „
Verband der Gastwirts-Gehilfen, 1. Rate	50.— „
Zusammen	5878.05 Mk.

Standesamtliche Nachrichten.

Todesfälle. III. Helene, T. des Arbeiters Richard Brockof, 5 T. — Herbert, S. des Barbiers Hermann Maetze, 17 T. — Kaufmann Arthur Waldmann, 32 J. — Maschinenmeister Gustav Vogl, 37 J. — Verw. Frau Anna Kittner, geb. Braunert, 65 J. — Verw. Frau Christiane Henriette Siegosch, geb. Altmann, 73 J. — Verw. Emilie Gabriel, geb. Schöpert, 67 J. — Margarete, T. des Tischlers Josef Kühnel, 6 Mon. — Verw. Kutscher Johanna Baron, geb. Weiß, 75 J. — Verw. Wagenfabrikant Bertha Brunsz, geb. Faulhaber, 70 J. — Paul, S. des Versicherungsbeamten Paul Sandeck, 3 Mon. — Tischler Ferdinand Pacha, 38 J. — Verw. Portier Karoline Fischer, geb. Gottwald, 67 J. — Geschiedene Arbeiterin Ernestine Grünig, geb. Krause, 56 J. — Vorkosthändler Daniel Scholtissek, 38 J. — Totengräber Karl Adler, 59 J. — Kurt, S. des Arbeiters Max Freitag, 5 M. — Margarete, T. des Schneiders Ernst Pintaske, 6 Mon. — Konditor Emil Thurow, 62 J. — Schuhmacher Wilhelm Fischer, 32 J. — Verw. Lehrer Laura Heisig, geb. Budich, 56 J. — Näherin Pauline Günther, 60 J. — Walter, S. des Vorkosthändlers Robert Dzur, 7 J. — Hertha, T. des Buchhalters Fritz Wischel, 6 Std. — Edmund, S. des Maurers Krumschmidt, 10 Mon. — Charlotte, T. des Buchhalters Paul Sandeck, 1 J. — Invalide Franz Herfurth, 59 J. — Erna, T. des Straßenbahnschaffners Karl Simon, 1 J. — Bertha Schreiber, verw. gew. Großmann, geb. Nietsche, 62 J. — Kurt, S. des Arbeiters Emil Lietsch, 7 Mon. — Arbeiterfrau Emma Grams, geb. Heier, 32 J. — Pens. Landgerichtsrat Otto Zucker, 82 J. — Fischerfrau Auguste Schäbitz, geb. Liebich, 60 J. — Anne Marie, T. des Universitäts-Professors Dr. Theodor Pfeiffer, 8 J.

Vereins-Kalender.

Breslau.

Gewerkschaftshaus.

Freitag den 7. September:

Gewerkschafts-Kartell. Abends 8 Uhr: Sitzung im großen Saale. Fortsetzung der Sitzung vom 29. August. Tagesordnung: „Partei und Gewerkschaften."

Liedertafel „Treue". Gesangsprobe im Zimmer Nr. 2.

Sonnabend den 8. September:

Buchbinder. Stiftungsfest des Sänger-Chores im großen Saale.

Zimmerer. Jeden Sonnabend: Zahlabend.

Handschuhmacher-Verband. Abends 8½ Uhr findet eine Versammlung statt. Es ist Ehrenpflicht eines jeden Kollegen, in dieser Versammlung zu erscheinen.

Sonntag den 9. September:

Bauhilfsarbeiter. Mitglieder-Versammlung Vormittags 11 Uhr im großen Saale.

Steinarbeiter-Verband. Vormittags 10 bis 12 Uhr: Kassentag im Zimmer Nr. 7.

Handels- u. Transportarbeiter-Verband. Abends 7½ Uhr: Versammlung der Kutscher aller Berufe im großen Saale.

Montag den 10. September:

Zentralverband der Schuhmacher. Mitglieder-Versammlung im Zimmer Nr. 3.

Dienstag den 11. September:

Deutscher Metallarbeiter-Verband (Bauanschläger). Abends Versammlung.

Sonntag den 16. September:

Freie Turnerschaft. 5. Stiftungsfest, bestehend in Konzert, turnerischen Aufführungen und Ball im großen Saale.

Mitteilungen der Distrikts- und Bezirksführer des Sozialdemokratischen Vereins:

Distrikt 2 (Sauerbrunnen).

Mittwoch, den 12. September, Abends 8 Uhr: Zusammenkunft sämtlicher Bezirksführer und Mitglieder im bekannten Lokal. Besprechung über die Stadtverordneten-Wahlen.

Distrikt 3 (Gräbschener Vorstadt).

Bezirke 12, 13, 14, 15 u. 29. Sonnabend, den 8. September, Abends 8 Uhr, Zusammenkunft und Zahlabend. Besprechung über die Stadtverordneten-Wahlen. Das Erscheinen aller ist Pflicht.

Distrikt 19 (Innere Stadt).

Freitag, den 7. September, Abends 8 Uhr: Zusammenkunft im bekannten Lokal. Abrechnung. Der Distriktsführer.

Land-Distrikt 4.

Bezirk Dorf Gräbschen. Sonntag, den 9. September, Vormittags 10 Uhr: Zahltag bei Ruppreich.

Dienstag, den 11. September, Abends 8 Uhr: Zusammenkunft im selben Lokal. Abrechnung vom Kränzchen, Besprechung über einen Ausflug. Pünktliches Erscheinen aller Mitglieder ist erwünscht.

Verantwortlicher Redakteur: Theodor Müller. — Redaktion und Expedition: Neue Graupenstr. 5/6. — Verlag von Oskar Schütz. — Druck von Th. Scherk G. m. b. H. — sämtlich in Breslau.

Hierzu 1 Beilage.

Lobe-Theater.

Freitag,
zum 2. Male:
„Nimbus".
Sonnabend
zum 1. Male:
„Die Tyrannei der Tränen".
Sonntag
zum 2. Male:
„Die Tyrannei der Tränen".
Billetverkauf täglich von 10—2 Uhr im Lobe- u. Stadt-Theater.

Thalia-Theater.

Eröffnungs-Vorstellung.
Sonntag
„Krieg im Frieden".
Billetverkauf Freitag und Sonnabend von 10—2 Uhr im Thalia-Theater.

Liebich's Etabl.
Schreiber 1643.
5.—9. September:
Gr. Gala-Fest-Vorstellungen.
Anfang 7½ Uhr.

Victoria-Theater
(Blumenwerder Garten)
12
Attraktionen.
Wens an Wochentagen gültig.
Anfang 7½ Uhr.

SCALA Einzig. überd. Somm.-Variété
Nikolaistrasse 27.
Die brillanten Künstler-Spezialitäten.

Konzertsäle
Reichskanzler
Ohlauerstr. 7,
Eingang Schuhbrücke.
Täglich:
Doppel-Konzert.
Matinee
von 11—2 Uhr.
Stamm-Frühstück 40 Pf.
Menü 1 Mk.
Reichhaltige Mittag- und Abendkarte. 3752

Achtung!
Süsswein
per Liter 50 u. 60 Pfg.
Himbeersaft und Zitronensaft
per Liter 95 Pfg.
empfiehlt 3400
Max Beiner, Destillation
Schmiedebrücke 50.

Gute Betten zum Verkauf 3868
Schmiedebrücke Nr. 5. **Bock**, Trebnitzerstraße Nr. 5.

Pfandleih-Institut.
Reell und Wunderlich Pfandleih-Institut,
Friedrich-Wilhelmstraße 61, I. [3801

Zahlstelle Altwader der Bauhilfsarbeiter.
In unserem am 3883
Sonnabend, den 8. September, im „goldenen Stern"
stattfindenden
Tanz-Kränzchen
laden ganz ergebenst ein
Der Vorstand.

Konsum-Verein für Striegau u. Umgegend
(E. G. m. b. H.).
Sonntag, den 9. September cr., nachm. 2½ Uhr,
im Gasthof zur „Bierquelle" in Gräben:
6. ordentliche General-Versammlung.
Tages-Ordnung:
1. [illegible] 2. Revisionsbericht und Entlastung des Vorstandes [illegible] 4. Wahl des Vorstandes und Aufsichtsrates. 5. Beschlußfassung über Anleihen und Spareinlagen (§ 43, Abs. 8 des Statuts) [illegible] Bildung einer Sterbekasse. 7. Verschiedenes. [illegible] (§ 38 des Statuts).
Der Zutritt ist nur Mitgliedern gestattet.
Der Aufsichtsrat d. Konsumvereins f. Striegau u. Umgeg., E. G. m. b. H.
Paul Köhler, Vorsitzender. 3733

Hopf & Görcke, Gräbschen
Fernsprech-Anschluss No. 238 und 1921
empfehlen ihre vorzüglichen Biere in Flaschen.
3858
Preis für 25 Flaschen:
Lagerbier — Pilsner
0,4 Liter-Flaschen für die Herren Gastwirte u. Wiederverkäufer Mk. 2,25
" " " für Private . . . . . „ 2,75
0,5 Liter-Flaschen für die Herren Gastwirte u. Wiederverkäufer Mk. 2,50
" " " für Private . . . . . „ 3,00

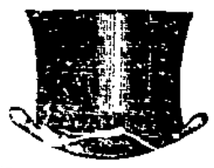
Wichtig für Hausfrauen!
Wo kauft man Post-Kaffees und sämtliche Kolonialwaren am billigsten?
Nur bei Benno Neumann
Kaffee-Rösterei mit Dampfbetrieb.
Zentrale: Friedrich-Wilhelmstraße 32.
Filiale I: Friedrich-Wilhelmstraße 84.
" II: Goldene Radegasse 1.
" III: Pöpelwitzstraße 35.
" IV: Berliner Chaussee 139. 3585
Auf meine Preise bitte genau zu achten!

Uhren Ketten Ringe Broschen
Nur gutes Fabrikat. Billigste Preise.
Nur gutes Fabrikat. Billigste Preise.
Max Frenzel, Uhrmacher 3190
Friedrich-Wilhelmstr. 39.

Ich empfehle:
Lose der Siebengebirgs-Geld-Lotterie
à 4 Mark, Halbe 2 Mark. Porto und Liste 30 Pfg. extra.
Ziehung: 19. September und folgende Tage.
Lose der Geld-Lotterie des Deutschen Flotten-Vereins
à 1 Mark. Porto und Liste 30 Pfg. extra.
Ziehung: 14. und 15. September cr. 3790
B. Klement, Breslau I, Ring 22, geradeüber vom Schweidnitzer Keller.

Zu gewinnen sind:
100 000 Mk.
50 000 „
30 000 „
20 000 „
15 000 „
2×10 000 „
2× 5 000 „
10× 2 000 „
23× 1 000 „
usw.

ff. Batavia-Arrak,
„ Jamaica-Rum,
„ französische und deutsche Kognaks,
„ Punsche u. Tafellikäre
empfiehlt 3072
Edwin Delahon
Breslau, Neumarkt 6.
Flaschenverkauf im Comptoir, Hof, part.

Achtung! Odertor!
Mehlgasse 38/40 a. d. Paulinenstr

3764
Großes Lager in
Filz- und Seidenhüten, Herren- u. Knaben-Mützen
zu billigen Preisen empfiehlt
Paul Kasowsky,
Hutmachermeister
Mehlgasse 38/40.

Röst-Kaffees
aromatisch, kräftig, hochfein
das Pfd. 90, 100, 120, 140, 160 Pfg.

Malzkaffee	Pfd.	25	Pfg.
Bester weiße Farin	„	18	„
Kakaopulver, rein	„	90	„
„ holländisch	„	100	„
f. Tee, russisch u. chin.	„	140	„
f. Weizenmehl	„	13	„
f. Tafel-Mostrich	„	20	„
Frisches Speiseöl	„	70	„
Gebirgs-Himbeersaft	„	35	„
f. Honigsirup	„	25	„
f. Zuckersirup	„	15	„
Weinkorn	Flasche	50	„
f. alter Rum	„	100	„

Th. Giersdorf
Blücherstrasse 21
(Wasserverlaß),
Filialen:
Enderstrasse 9,
Matthiasstrasse 185,
Weinstrasse 38,
Hirschstrasse 88
(Ecke Lehmdamm). 3616

Stamm-Seidel.
Vereins-Seidel, [3073
Geburtstags-Seidel,
Hochzeits-Seidel,
Jubiläums-Seidel,
in großer Auswahl empfiehlt
Otto Miksch,
Kupferschmiedestraße 47.

Ernst Langner
Schuhmachermeister
Alsenstraße 10. Eing. Schulzenwiese
empfiehlt sich Genossen und Freunden zur Anfertigung von 3144
neuem Schuhwerk
sowie von Reparaturen.

Hut-Hanke
Friedrich-Wilhelmstraße 23
Filzschuhe. Filzschuhe.

empfiehlt Hüte, nur gute, reelle Qualitäten für Herren und Knaben.
Mützen, Stöcke, Schirme
zu billigsten Preisen. [3880

Zigarren, Zigaretten,
Rauch-, Kau- u. Schnupftabake
in großer Auswahl
Gustav Baier
Adalbertstraße 2, Ecke Uferstr.
Kupferschmiedestraße 50/51,
Ecke Altbüßerstraße. 3396

Eilen Sie!! **Nur noch wenige Tage!!**
Bevor wir die Herbst- und Winter-Saison
eröffnen, werden, um Platz zu gewinnen, die noch vorhandenen Bestände in
Herren- u. Knaben-Garderoben
zu **enorm billigen Preisen** verkauft. 3881

Moderne Anzüge	zu und unter Fabrik-Preisen	Knaben-Anzüge	fabelhaft billig
Mod. Rock-Anzüge		Lüstre-Jacketts	
Moderne Paletots		Bunte Piqué-Westen	
Moderne Ulster		Einzelne Beinkleider	

Eleganter Schnitt!! **Gute solide Stoffe!!**
Zur Beachtung! Sämtliche Sachen sind in eigener Fabrik gefertigt und führt jeder Versuch zu fester Kundschaft, da streng reelle Bedienung.
Auswärtige erhalten bei grösserem Einkauf Fahrtvergütigung.
Hochelegante Massanfertigung.
Fabrik-Niederlage für Herren- u. Knaben-Bekleidung,
Neue Graupenstr. 5|6, unweit Sonnenplatz.

Rossschlächterei, Gräbschenerstr. 31
Inh.: **Bruno Leschnitz** 3636
empfiehlt täglich kernfettes, junges Fleisch sowie sämtliche ff. Fleisch- und Wurstwaren zu billigen Preisen.

Anzüge 10 Mark nach Maß, elegant auf Roßhaar, bester Sitz, von 17 Mark an, nur in der Fabrik [3727
Carlstrasse No. 42, I.

Zu staunend billigen Preisen
kauft man das eleganteste und haltbarste
Schuhwerk,
sowie die denkbar größte Auswahl in Kinderschuhen, Filz-, Gummi- und Holzschuhen zu streng reellen Preisen nur bei 3755
Robert Kretschmer, Schuhmachermstr.
Friedrich-Wilhelmstraße 52.

Beilage zu Nr. 209 der „Volkswacht“.

Sonnabend, den 8. September 1906.

Breslauer Nachrichten.

Breslau, den 7. September.

Die Lungen der Großstädte,

wie man nicht mit Unrecht die Volksgärten und öffentlichen Anlagen genannt hat, stehen in den verschiedenen Orten in einem wechselnden Verhältnisse zur bebauten Fläche. Wie dieses Verhältnis sein müßte, um in jedem Falle die günstigste hygienische Wirkung herbeizuführen, würde von Fall zu Fall zu prüfen sein. Es spricht hierbei vor allen Dingen die Oertlichkeit mit; die Größe der Stadt, ihre industriellen Betriebe, das klimatische Verhältnis, die Höhenlage, die Bodengestaltung, das sind einige weitere Faktoren, die berücksichtigt sein wollen. Ein Ueberblick über das tatsächlich bestehende Verhältnis zwischen der Gesamtfläche der Städte und der Fläche ihrer öffentlichen Anlagen zeigt, daß im allgemeinen die kleineren Städte in dieser Beziehung besser dastehen als die Großstädte. Eine darauf bezügliche Statistik, die einige 60 der bedeutendsten Städte Deutschlands umfaßt, ergibt nur für ganz vereinzelte Großstädte ein sehr günstiges Resultat. Bei Rostock, Frankfurt a. M. und Köln steigen die Verhältniszahlen bis zu 52 Prozent; im allgemeinen bewegt sich das Verhältnis zwischen der Größe der öffentlichen Anlagen und der Gesamtgrundfläche zwischen 1 bis 10 Prozent. Da anzunehmen ist, daß die Stadtverwaltungen namentlich bei Stadterweiterungen möglichst günstige Verhältnisse nach dieser Richtung hin anstreben, ohne mit Grund und Boden verschwenderisch umzugehen, damit das Weichbild nicht ins Ungemessene wächst, scheint die Zahl von 5 Prozent der Gesamtfläche als eine Normalzahl sich herauszubilden. Bei Leipzig ergibt sich 3,6 Prozent. Zu bedenken ist hierbei jedoch, daß diese Statistik als „bebaute Fläche auch die zu den Häusern zählenden Gärten sowie die für die Bebauung vorgesehenen Parzellen mit einrechnet. Das Verhältnis wird mithin zu Gunsten der „Lungen“ etwas besser sein, als es die Statistik tatsächlich nennt. Da nun diese zur bebauten Fläche gerechneten Ländereien in den einzelnen Städten sehr verschiedene sein müssen, so ergibt sich, daß auch das Verhältnis sich verschieben muß. Es ist mithin mit dieser Statistik nicht allzuviel anzufangen; lediglich das eine beweist sie, daß es eine Möglichkeit gibt, die Verhältniszahl der öffentlichen Anlagen recht groß zu gestalten. Wertvoller ist schon eine Statistik, die den Flächeninhalt der öffentlichen Anlagen und Volksgärten auf die Einwohnerzahl verteilt und zwar deshalb, weil das Verhältnis zwischen Umfang der Stadt und Dichtigkeit der Bevölkerung nicht in allen Städten dasselbe ist. In dieser Beziehung steht Frankfurt a. M. obenan, wo auf den Kopf der Bevölkerung 122,05 Quadratmeter öffentliche Anlagen und Volksgärten kommen. Es folgt dann Hagen in Westfalen mit 64,11, Wiesbaden mit 53,90, Augsburg mit 41,61 und Rostock mit 33,26 Quadratmeter Anlagen pro Kopf. Dann geht es gleich herab auf 17,93 und darunter. Wenn wir die genannten 5 Städte unberücksichtigt lassen, so ergibt sich als Mittel für die übrigen Städte 5,55 Quadratmeter, eine gewiß immer noch recht bescheidene Zahl. Wenn wir nun gar die größten Städte des Reiches herausnehmen, so sehen wir, daß hier die Verhältniszahl oft noch erheblich unter dem Mittel steht. So gewähren Berlin und Hamburg je 1,98, Nürnberg 1,69, Stettin 1,28, Hannover 3,82, Leipzig 4,50, Dresden 5,09 Quadratmeter. Lediglich München erhebt sich mit 13,32 Quadratmeter wesentlich über das Mittel. Bedauerlich ist es, daß nicht auch für Breslau solche Zahlen zur Verfügung stehen. Sie würden uns zeigen, daß auch bei uns die Lungen der Großstadt noch gar sehr der Dehnung bedürfen.

Geredet

wurde bei der gestrigen Ankunft Wilhelm II. in Breslau natürlich auch. Oberbürgermeister Dr. Bender hielt eine Ansprache, die von freisinnigem Mannesmute nur so strotzte. Wilhelm II. antwortete mit einer Rede, aus der wir den folgenden Satz zitieren:

„Es ist mir eine Freude, daß es mir vergönnt gewesen ist, nach langer Ueberlegung der Provinz Hilfe geben zu können gegen die starken klimatischen Gefahren, die ihr drohen und die so oft des Landes Gedeihen hinderten.“

Das Gesetz ist natürlich verfassungsgemäß vom preußischen Landtage und der die Krone vertretenden Regierung geschaffen worden.

Sie brauchen heute nicht zu fasten!

Der Kardinal Kopp hat den Lehrern und Schülern der höheren katholischen Lehranstalten, soweit sie an der Spalierbildung teilnehmen, für heute Dispens vom Freitags-Fastengebot erteilt. Man sollte meinen, daß es den treuen Herzen hätte willkommen sein müssen, wenn sie ihren patriotischen Opfermut durch einen knurrenden Magen hätten nach außen bekunden dürfen.

Wie man Lehrlinge „ausbildet“.

Der Lehrling Puteller klagte im Beistand seines Vaters gegen die Ofenfabrik von Gebr. Herzog auf Lösung des Lehrvertrages, Zahlung von Kostgeld und Schmerzensgeld. Der Lehrling, der bereits 1½ Jahr in der Lehre stand, hat wegen grober Mißhandlung, die ihm von Herrn Arthur Herzog widerfahren, die Lehre verlassen. Weil er einmal früher Feierabend gemacht — er hatte öfters länger als 10 Stunden arbeiten müssen — wurde an ihm ein Stock zerschlagen, sodaß er am ganzen Körper blutunterlaufene Striemen und Wunden hatte. Das Urteil fiel dahin aus, daß das Lehrverhältnis aufgelöst wird und die Beklagten ein Kostgeld für vier Wochen mit 16 Mark zu zahlen haben. Mit der weiteren Forderung auf Schmerzensgeld wurde der Kläger jedoch abgewiesen, weil die Körperverletzung nicht als eine erhebliche angesehen wurde.

„Gehen Sie weg, oder es gibt ein paar Pätsch.“

Eine interessante Streitfrage zwischen dem Inhaber eines Zahnateliers, Herrn Jacobsohn und seinem Geschäftsführer, dem Zahntechniker Herrn Sonnenschein, spielte sich in der Sitzung des Breslauer Gewerbegerichts vom 6. d. M. ab. Zwischen den streitenden Parteien gab es fortwährend Geplänkel, nichts konnte Sonnenschein recht machen, sodaß er seine Stellung am 1. August kündigte. Am 9. August kam eine Kundin ins Geschäft um sich die Zähne plombieren zu lassen. Der Chef forderte Sonnenschein auf, die Dame zu bedienen. Ach was, sagte dieser, soll ich plombieren, die Plombe fällt ja doch wieder heraus. Herr Jacobsohn war darüber sehr aufgebracht und sagte seinem Angestellten: Gehen Sie weg, sonst gibts ein paar Pätsch (Ohrfeigen), wie Sie sie schon einmal bekommen haben. Natürlich verließ S. sofort die Stellung, da er nicht gewöhnt war, sich auf solche Weise vom Chef behandeln zu lassen. Er klagte auf Zahlung des Gehalts für eine Woche, da er bereits am 16. August ein anderes Unterkommen gefunden hatte. Sein Anspruch beläuft sich, da er ein Monatsgehalt von 250 Mk. bezog, auf 66 Mk. Der geschilderte Tatbestand wurde von zwei Zeugen erhärtet. Es kam zwischen den Parteien ein Vergleich zustande, der Kläger erhält 45 Mk. als Abfindung. Ob Herr Jacobsohn wieder „Pätsch“ austeilen wird?

* **Der sogenannte Krawallprozeß** gegen die noch übrig gebliebenen angeblichen Beteiligten an der Polizeischlacht auf dem Striegauer Platze findet vor der ersten Strafkammer des hiesigen Landgerichts am 18. September um 9 Uhr Vormittags statt. Ein Ruhmestag dürfte der 18. September weder für Herrn Firle noch für Herrn Dr. Blenko werden.

* **Die ersten deutschen Postkarten mit zwei Wertstempeln** gelangen in den nächsten Tagen zur Ausgabe. Es sind dies die bei der Abschaffung der Zweipfennigtaxe übrig gebliebenen Karten, denen ein zweiter Stempel zu 3 Pfg. in brauner Farbe aufgedruckt worden ist. Die Reichsdruckerei verschickt die Karten jetzt an die Kassen der Ober-Postdirektionen. Es ist die Anordnung getroffen, daß diese blauen Karten zuerst verteilt werden, also mit Vorzug vor den gelben Karten zu 5 Pfg. Bei der Reichsdruckerei und den Verkehrsanstalten sind seiner Zeit etwa 40 Millionen Zweipfennigkarten in Paketen übrig geblieben, die jetzt, mit dem Dreipfennigstempel ergänzt, zum Verkauf kommen. Die blauen Karten, welche von Paketen übrig blieben, die beim Verkauf schon angebrochen waren, sind dabei nicht gerechnet.

* **Für Fuhrwerk und Reiter gesperrt werden:** Wegen Pflasterung die Straße an der Barbarakirche zwischen Nikolaistraße und Allerheiligenhospital vom 12. September ab auf drei Wochen, wegen Umpflasterung die Vincenzstraße zwischen Bismarck- und Elbingstraße, jedoch ausschließlich der Straßenkreuzungen, vom 10. September bis 10. Oktober, wegen Verlegung von Gasröhren die Hubenstraße vom Steuerhause bis zum Poser'schen Grundstück einschließlich der Kreuzungen Huben-, Stein- und Schönstraße bis 15. d. Mts., halbseitig, die wegen Kanalisierung bis zum 2. September bestehende volle Sperrung der Bohrauerstraße zwischen der verlängerten Goethestraße und der Steinstraße wird auf die Dauer von zwei Wochen verlängert.

* **Eine Vergrößerung des Scheitniger Parkes** ist zurzeit im Gange. In Leerbeutel werden die jetzigen schönen Tage von der städtischen Verwaltung noch eifrig zu Arbeiten zur Vergrößerung des Scheitniger Parkes benutzt. Ein Karpfenteich von ungefähr 300 Meter Länge und 100 Meter Breite wird ausgeschachtet und der so gewonnene Boden durch Lowries fortgeschafft und an anderer Stelle aufgeschüttet, um auf dieser Erhöhung später einen Aussichtsturm zu errichten; Wege werden verlegt, Gräben zugeschüttet usw. Wenn auch nicht in diesem, so doch im nächsten Jahre werden dort Promenadenwege, gärtnerische Anlagen usw. erstehen.

* **Stadt-Theater.** Die Ausgabe der Abonnements für die erste Hälfte der Spielzeit erfolgt täglich von 10 bis 2 Uhr in der Rendantur des Stadttheaters.

* **Lobe-Theater.** Heute Freitag wird Waghs mit großem Beifall aufgenommener Lustspielzyklus „Nimbus“ wiederholt. Morgen Sonnabend findet die Premiere von Haddon Chambers Lustspiel „Die Tyrannei der Tränen“ in der Uebersetzung von Bertha Pogson statt. Das Werk ist in den Hauptrollen mit Herrn Sioli (Clemens Parburg), Frl. Bußiliat (Mabel, seine Frau), Frl. Helbrandt (Erica Gordon), Herrn Senius (George Gunning), Herrn Wallauer (Oberst Armitage) besetzt. Die Inszenierung leitet Herr Regisseur Bonno. Haddon Chambers und Bertha Pogson werden der Aufführung beiwohnen. Sonntag wird „Die Tyrannei der Tränen“ wiederholt.

* **Das Thalia-Theater** wird Sonntag, den 9. September mit einer Aufführung von Moser und Schönthans Lustspiel „Krieg im Frieden“ eröffnet. Beschäftigt sind darin die Damen Hammer, v. Küstenfeld, Kittler, Edecke, Maeder-Stegemann, Kliemchen und die Herren Botz, Bernau, Johow, Lion, Scholz, Jahn. Der Vorverkauf beginnt heute Freitag von 10—2 Uhr im Thalia-Theater.

* **Volksvorstellungen.** Die Ausgabe der Billets für die erste Serie, Gruppen A und B erfolgt täglich von 10—2 Uhr in der Rendantur des Stadttheaters.

* **Das Thalia-Theater** wird Sonntag, den 9. September eröffnet. Zur Aufführung gelangt das Lustspiel: „Krieg im Frieden“ von Moser und Schönthan. Die Hauptrollen sind mit den Damen v. Küstenfeld, Hammer, Kittler, Edecke, Maeder-Stegemann, Kliemchen und den Herren Botz, Bernau, Johow, Barno, Jahn, Scholz und Lion besetzt.

Der Vorverkauf beginnt Freitag von 10—2 Uhr im Thaliatheater.

Volksvorstellungen: Die Ausgabe der Billets für die erste Serie, Gruppen A und B, erfolgt täglich von 10 bis 2 Uhr in der Rendantur des Stadttheaters.

* **Radrennbahn Morgenau.** Am Sonntag, den 16. d. M. veranstaltet die Direktion der Radrennbahn Morgenau wiederum ein Verlosungsrennen, ferner Flieger-, Dauer- und Motorrennen. Zur Verlosung gelangen zwei erstklassige Fahrräder. Die Direktion steht mit Fahrern von Ruf bereits in Unterhandlung und werden wir in den nächsten Tagen, von den, welche an den Start gehen, Mitteilung machen. Nach dem bisherigen Interesse, das sich bei der Veranstaltung von Verlosungsrennen auf dieser Rennbahn kund getan hat, zu urteilen, wird die Direktion auf einen guten Besuch rechnen können.

* **Zusammenstoß.** Am Donnerstag, den 6. d. M., Mittags 1½ Uhr, karambolierte vis-à-vis dem Kaiser Wilhelm-Denkmal die in der Richtung vom Ring aus die Schweidnitzerstraße daherkommende Kraft-Droschke Nr. 24 mit einer vom Schweidnitzer Stadtgraben in die Schweidnitzerstraße einbiegenden Taxameter-Droschke, welche außer der Zertrümmerung der einen Laterne nur unwesentliche Beschädigungen erlitt. Die Insassen beider Gefährte kamen mit dem bloßen Schrecken davon.

* **In Lebensgefahr** schwebten am 5. d. Mts., Abends, zwei Magistratsarbeiter. Einer von ihnen war auf der Hubenstraße in einem Kanalschacht mit verschiedenen Arbeiten beschäftigt, als er plötzlich, wahrscheinlich infolge von Einatmung von Stickluft, ohnmächtig zusammenbrach. Der andere Arbeiter stieg sofort in den Schacht nach, um seinem Kameraden zu Hilfe zu kommen; aber auch er wurde von demselben Schicksal ereilt. Die Feuerwehr wurde zur Unfallstelle gerufen. Die beiden Verunglückten wurden mit Stricken in die Höhe gezogen und dem Wenzel Hancke'schen Krankenhause zugeführt. Ihr Zustand ist nicht besorgniserregend.

* **Gestohlen** wurden: einem Drogisten auf der Kaiser Wilhelmstraße ein Fahrrad Marke „Orkan“, einem auf einer Promenadenbank eingeschlafenen Schuhmacher auf den Namen Hallmann lautende Papiere, einer Witwe auf dem Ringe ein Portemonnaie mit 10 Mk. Ferner wurde eine goldene Damenuhr Nr. 54,399 gestohlen. Angaben über den Verbleib der Uhr sind im Zimmer 56 des Polizeipräsidiums zu machen.

* **Patriotischer Schießkoller?** In einer der letzten Nächte wurde eine Schaufensterscheibe des Geschäfts des Kaufmanns Killmann auf der Salzstraße durchschossen. Die Scheibe hatte einen Wert von 280 Mk.

* **Straßenunfälle.** Am 5. d. M., Nachmittags, wurde eine Witwe auf der Nikolaistraße durch eine Droschke überfahren und erlitt eine schwere Verletzung am Kopfe. An demselben Tage wurde auf der Sternstraße ein Arbeiter durch eine Kraftdroschke überfahren. Er erlitt einen Knöchelbruch.

Aus aller Welt.

Das Fräulein mit dem Militärpaß. Die bureaukratischen Schablone hat dem Gemeinderat in Potschappel einen lustigen Streich gespielt. Auf dem Gemeindeamt werden unter anderem zur Aufforderung an gewisse Personen, nachzuweisen, daß sie geimpft sind, hektographierte Formulare verwendet. In diesen ist davon die Rede, daß als Ausweis auch der Militärpaß gilt. In der vorliegenden Aufforderung heißt es nun:

„An Fräulein ...., Fabrikarbeiterin, hier Sie werden hiermit veranlaßt usw. „Der Nachweis der Impfung würde durch Vorlegung Ihres Militärpasses als erbracht gelten, sofern aus demselben hervorgeht, daß Sie innerhalb der letzten 10 Jahre in das Heer eingetreten sind.“

Das Formular ist unterschrieben mit Heydrich! Auf dem Gemeindeamt in Potschappel lebt man demnach schon in dem Gedanken, daß auch das schöne Geschlecht in den „bunten Rock des Königs“ gesteckt werden kann. Ahnungsvoller Engel!

Rostendes Gold. In einem Feuilleton, das der Dichter Ludwig Fulda in der „Neuen Freien Presse“ veröffentlicht, findet sich folgender schöner Satz:

Sie dürfen den goldenen Hort nicht in der Truhe liegen lassen; sie müssen fortgesetzt daran scheuern, um den fressenden Rost von ihm fernzuhalten.

Von der Entdeckung Fuldas, daß Gold fortgesetzt geputzt werden muß, um nicht zu rosten, werden besonders die Besitzer von Goldplomben im Gebiß nicht sehr erfreut sein. Es muß ärgerlich sein, am Morgen mit verrosteten Zähnen aufzuwachen! Wie schade auch, daß die Nibelungen vom Goldrost noch nichts wußten. Sie hätten sich sonst wegen des im Wasser längst verrosteten Rheingoldes gewiß nicht weiter angestrengt.

Der Leutnant als Mörder. Bei den Manövern der Trienter Garnison ersuchte der Soldat Bertolli vom zweiten Landesschützenregiment, aus der Reihe tretend, seinen Leutnant Kreiml, trinken zu dürfen. Als der Leutnant dies verweigerte, ergriff Bertolli im Jähzorn seine Feldflasche und schleuderte sie ins Wasser, worauf der Offizier den Säbel zog und den Soldaten durchbohrte. Kreiml wurde sofort vom Dienst suspendiert und in Untersuchungshaft genommen. Er wird wahrscheinlich — einen Orden erhalten. Wenigstens verdiente er den nach militärischer Tradition.

Amerikanisches. Mister Brown hat einen Besuch in einem Gasthof Philadelphias zu machen. Er läßt im Garderobenraum seinen Regenschirm stehen, nachdem er an dem Griff vorsichtshalber einen Zettel folgenden Inhalts befestigt hat: „Dieser Regenschirm gehört einem Akrobaten, der Rippenstöße von 250 Pferdekräften austeilen kann. Ich komme in drei Minuten wieder!“ Nach Beendigung des Besuches begibt sich Mister Brown wieder nach dem Empfangsraum, sucht aber dort vergeblich nach seinem Schirm. Er findet nur einen Zettel vor: „Diese Karte hat ein Schnellläufer zurückgelassen, der spielend 20 Meilen in der Stunde zurücklegt. Ich komme nicht wieder.“

Kleine Chronik. Bei dem Einsturz des Betonneubaues der Maschinenfabrik von Rudolf Frei in Kiel, über den wir bereits gestern kurz berichteten, wurden drei Mann nach großer Anstrengung von der Feuerwehr als Leichen ausgegraben, außerdem zwei Schwer- und zwei Leichtverletzte. Die übrigen wurden unverletzt aus den Trümmern herausgezogen. Die Katastrophe soll durch das vorzeitige Wegnehmen der Stützgerüste verursacht worden sein. — Die mit einer Holzladung von Memel abgegangene Galliot „Anna-Rebekka“ aus Breithelz ist am 28. August im Nordweststurm etwa 40 Seemeilen von Memel gekentert. Die aus dem Kapitän, einem Matrosen und einem Schiffsjungen bestehende Besatzung rettete sich auf den Kiel, wo sie acht Tage lang ohne Essen und Trinken umhertrieben. Eine See spülte einen Mann über Bord, doch gelang es dem Kapitän, ihn zu retten. Am Sonntag verfiel der Schiffsjunge in Raserei und starb am anderen Morgen. Inzwischen war das Wrack in die Umgegend von Schwarzort getrieben, wo ein Rettungsboot die Ueberlebenden und die Leiche an Bord nahm. — Die älteste Einwohnerin der Stadt Münster (Westfalen), die Witwe des ehemaligen Landrats Cörmann, ist dort am Dienstag gestorben, nachdem sie ein Alter von nahezu 104 Jahren erreicht hatte. Bis in die letzten Jahre hinein erfreute sich Frau Cörmann, die seit dem Jahre 1837 Witwe war, noch geistiger Frische. — In Osterode a. H. wurde die Rentnerin Witwe Reinhard und ihre Gesellschafterin ermordet aufgefunden. Der Frau R. war mit einem Beil der Schädel eingeschlagen worden, der Gesellschafterin der Hals durchschnitten. Von dem Täter fehlt bis jetzt noch jede Spur. — Heute früh wurde in Schleswig der Besitzer einer Bonbonfabrik namens Jepsen und dessen Ehefrau tot aufgefunden. Die Frau lag im Bette mit deutlich sichtbaren Strangulationsmalen am Halse, während der Mann in dem Stallgebäude des Hauses erhängt aufgefunden wurde. Beide hatten noch Mittwoch Abend an einer Festlichkeit teilgenommen. — Ein Pulvermagazin ist Berliner Blättern zufolge in der vorletzten Nacht in der neuen Königlichen Pulverfabrik bei Spandau in die Luft geflogen, und zwar ist es ein Trockengebäude. Menschenleben sind dabei nicht gefährdet worden. — Die Ortschaft Pilgramsreuth in Oberfranken ist, wie mehrere Blätter aus München erfahren, zu einem großen Teil durch Feuer zerstört worden. Die ganze Ernte und das Vieh von 12 Besitzungen sind verbrannt; auch ist ein Kind in den Flammen umgekommen. — Die Frau des wohlhabenden Bäckers Schulz in Darmstadt gebar nach zehnjähriger Kinderlosigkeit einen Knaben. Vor Freude wurde sie vom Herzschlage getroffen und war sofort tot. Der Mann wurde vor Schmerz über das Schicksal seiner Frau irrsinnig. — Aus Frankfurt a. M. wird noch gemeldet: Von den in den letzten beiden Tagen infolge der Krawalle in der Altstadt verhafteten Personen sind etwa ein Dutzend in Haft behalten worden, gegen die teils wegen groben Unfugs, teils wegen Aufreizung und Aufruhr Anklage erhoben werden soll. — Als der Lehrer Friedrich in Zwickau sich mit seiner Frau in dem Vororte Eckersberg auf der Ausstellung befand, wurde daheim sein 10jähriger Sohn von dem 13jährigen Aufwartemädchen Blaß durch 30 bis 40 Messerstiche schwer verletzt. Das Mädchen brachte sich dann selbst einige unbedeutende Schnittwunden an der Hand bei. Es ist offenbar irrsinnig und soll im Krankenhause auf seinen Geisteszustand untersucht werden. — Der heute Morgen 6 Uhr 23 Minuten in Wilkau bei Zwickau eintreffende Personenzug überfuhr den zehnjährigen Knaben des Buchhalters Schaik, als dieser noch schnell über das Gleis springen wollte. Der Knabe wurde lebensgefährlich verletzt. — Der von den Elektrizitätswerken in Bockwa bei Zwickau mit Anstreicharbeiten in Rainsdorf beauftragte Arbeiter Ewald Schmidt machte sich in einem Raume, in dem er nichts zu tun hatte, zu schaffen. Er kam dabei der elektrischen Leitung zu nahe und wurde auf der Stelle getötet. — Gestern Abend 8½ Uhr entstand auf dem großen Holz- und Sägewerk Geck am Floßhafen in Worms Großfeuer, welches das ganze Etablissement nebst den enormen Holzvorräten vernichtete. Die freiwillige und die verschiedenen Fabrikfeuerwehren standen dem entfesselten Element machtlos gegenüber. Der Schaden beträgt, nach der „Wormser Ztg.“, über ⅓ Million Mark, der durch Versicherung gedeckt ist. Das Werk soll wieder aufgebaut werden. — In Constanze (Rumänien) ist ein ernster Unglücksfall vorgekommen. Dreizehn Matrosen und ein Leutnant der Kriegsmarine nahmen in einem requirierten Kahne Platz, der mit einem zu kurzen Stricke an einen Schlepper gebunden wurde. Der Kahn kippte um und sämtliche Insassen ertranken. — Der Millionär Andrejew in Petersburg erdolchte seine Frau, die ihrem Geliebten, dem General Pistolkors, dem ersten Mann der Großfürstin Paul, ein Perlenhalsband schenkte, um ihn aus einer Geldverlegenheit zu retten. — Aus Brüssel wird gemeldet: In der Sprengmittelfabrik „La Forcite“ bei Vaalen explodierte ein Gebäude, worin Patronen hergestellt wurden. Drei jugendliche Arbeiterinnen fanden hierbei den Tod.

Aus Schlesien und Posen.

Freie Wander-Bücherei!

Um den Parteigenossen in kleinen und kleinsten Orten Gelegenheit zur Fortbildung durch das Lesen guter Bücher zu gewähren, hat der Reichstagsabgeordnete Genosse Dr. Südekum eine kleine Freie Wander-Bücherei eingerichtet. Sie steht den Parteigenossen völlig kostenlos zur Verfügung. Einrichtung und Benutzung geschieht nach folgenden Grundsätzen:

1. Die Freie Wander-Bücherei besteht aus verschiedenen Reihen von je 10—12 Bänden. Jede Reihe ist in einer Versandkiste untergebracht.

2. Parteigenossen, die an ihrem Wohnorte nicht über eine Vereins- oder andere Bibliothek verfügen, erhalten eine Bücherkiste auf je 3 Wochen portofrei und unter Beifügung des Rückportos zugesandt. Sie ernennen unter sich einen Vormann, der die Bücherkiste verwahrt, die Bücher zum Lesen anstellt und für pünktliche Rücklieferung sorgt. Nach Ablauf der Benutzungsfrist ist die Bücherkiste sofort zurückzuschicken.

3. Die Bestellungen müssen die genaue Adresse des Bestellers und den Stempel des für den Ort zuständigen Partei-Vertrauensmannes tragen, der dadurch aber keine Haftung übernimmt.

4. Die Bestellungen werden in der Reihenfolge ihres Eintreffens ausgeführt. Die erste Versendung erfolgt am 1. Oktober dieses Jahres.

5. Die Freie Wander-Bücherei umfaßt vorerst Werke von: Bebel, Büchner, Teutsch, Dodel, Eisner, Engels, Goethe, Gretjahn, Herkner, Isaieff, Jaurès, Kautsky, Kennan, Kropotkin, Lange, Leroy-Beaulieu, Liebknecht, Lindemann, Lissagaray, Marx, Schiller, Schurz, Schweichel, Sinzheimer, Vandervelde usw.

Bestellungen sind zu richten an Dr. Albert Südekum, Mitglied des Reichstages, Berlin W. 10.

Immer noch: Oberschlesische Polizeizustände.

Vor einiger Zeit berichteten wir, daß der Amtsanwalt in Königshütte die Verfolgung einer „Ordnungsstütze", die einem sozialdemokratischen Wahlflugblattverbreiter die Flugblätter gewaltsam entrissen und sich damit schleunigst entfernt hatte, ablehnte, da sich der „Mann der Ordnung", ein Restaurateur Willinski in Königshütte, durch jene Tat weder des Diebstahls noch sonst irgend eines strafbaren Vergehens schuldig gemacht haben sollte. Der Herr Amtsanwalt machte in seinem die Strafverfolgung ablehnenden Bescheide geltend, daß Willinski ein „großer Gegner der Sozialdemokratie" sei und „offenbar nur (!) das Verteilen der Flugblätter verhindern wollte, weshalb ein Diebstahl nicht vorläge. Da sich die Flugblätter noch unversehrt im Besitze des Beschuldigten befunden, liege auch keine Sachbeschädigung vor. Der amtsanwaltliche Bescheid gab die rechtswidrige Wegnahme der Flugblätter ohne weiteres zu, ebenso auch, daß die rechtswidrige Wegnahme in der Absicht erfolgte, sich das Weggenommene zuzueignen. Da nun eine gewinnsüchtige Absicht beim Diebstahl nicht vorzuliegen braucht, so mußte die Entscheidung des milden Amtsanwalts mit Recht Verwunderung erregen. Die Absicht rechtswidriger Zueignung der Flugblätter durch den Willinski ging zu allem Ueberfluß auch noch daraus hervor, daß W., als auf Beschwerde des geschädigten Eigentümers ein Polizeibeamter zu dem Burschen ging, dieser dem Beamten die Herausgabe der Flugblätter verweigerte.

Nach alledem durfte man wohl annehmen, daß die Beschwerde gegen den amtsanwaltlichen Bescheid beim Staatsanwalt Berücksichtigung finden mußte. Man hat sich jedoch getäuscht: Der Staatsanwalt beurteilt die Tat des „großen Gegners der Sozialdemokratie" ebenso milde wie der Amtsanwalt und lehnt die Strafverfolgung auch ab. So zu lesen in einem Bescheide des Herrn Staatsanwalts, den er, wie er erklärt, „nach Prüfung der Akten" gefällt hat. Und was hat die Prüfung der Akten ergeben? Im staatsanwaltlichen Bescheide heißt es darüber: „Der Beschuldigte hat alsbald nach der Wegnahme der Flugblätter von derselben der Polizei Anzeige gemacht und um Auskunft gebeten, was mit den Flugblättern geschehen solle." Also, dies Kind, kein Engel ist so rein —!

Angesichts dieser staatsanwaltlichen Erklärung, an deren Wahrheit natürlich nicht zu zweifeln ist, erscheint das Verhalten der Königshütter Polizei nun in einem ganz besonderen Lichte. Wie schon gesagt, hatte W. zunächst einem Polizeibeamten gegenüber die geforderte Herausgabe der, wir wiederholen es, gewaltsam genommenen Flugblätter verweigert. Wenn W. nun trotzdem alsbald nach der Wegnahme, wie der Staatsanwalt sagt, der Polizei Anzeige von seiner Tat gemacht und diese sogar um Auskunft gebeten (!) hat, was er mit seinem Raube machen solle, so muß zunächst Verwunderung erregen, daß der Amtsanwalt von diesem Vorgange offenbar gar keine Kenntnis durch die Polizei bekommen hat, da er andernfalls in seinem etwa zwei Monate nach der Tat ergangenen Bescheide diesen Umstand dem die Strafanzeige Erstattenden doch unbedingt mitgeteilt haben würde.

Aber noch mehr: Wenn der Willinski alsbald nach seiner Tat der Polizei von dieser Anzeige machte — die Polizei kannte die Tat allerdings schon — und bei der Polizei um Auskunft bat, was mit den Flugblättern geschehen solle, sie also der Polizei direkt zur Verfügung stellte, dann war es jedenfalls Pflicht der Königshütter Polizei, hiervon dem die Anzeige Erstattenden Mitteilung zu machen und sich die weggenommenen Flugblätter geben zu lassen, um sie selbst dem Bestohlenen wieder zuzustellen, mindestens aber Willinski aufzugeben, die Flugblätter dem Eigentümer wieder zu bringen, dann auch sich zu überzeugen, ob diese Anordnung vom Willinski ausgeführt wurde. Von alledem scheint aber die Polizei in Königshütte nichts getan zu haben. Der Eigentümer hat weder eine Mitteilung von jenem ferneren Verhalten des Willinski erhalten, noch auch sein Eigentum zurückerhalten. Die Königshütter Polizei muß wohl dem „großen Gegner der Sozialdemokratie" gütigst gestattet haben, seine Beute zu behalten, denn fast zwei Monate nach der Wegnahme kann der Herr Amtsanwalt noch erklären: „Die Flugblätter befinden sich noch unversehrt im Besitze des Beschuldigten", während nach dem Zeugnis des Herrn Staatsanwalts der Beschuldigte „alsbald nach der Wegnahme der Flugblätter" die Polizei „um Auskunft gebeten, was mit den Flugblättern geschehen solle."

Es ist doch gut, daß an Herrn Willinski kein Fehl entdeckt werden konnte, denn, wenn der Herr Staatsanwalt diese treffliche Säule des Staates, diesen zuverlässigen Verteidiger des Privateigentums gegen die verworfene Sozialdemokratie auf die Anklagebank gesetzt hätte, hätte am Ende gar die königshütter Polizei als Begünstigerin der Tat neben Herrn Willinski Platz nehmen können.

In der Strafsache gegen den Redakteur Robert Albert in Breslau, geboren den 28. April 1877 in Werl, Kreis Soest, Dissident, wegen öffentlicher — durch die Presse begangener Beleidigung, hat die erste Strafkammer des Königlichen Landgerichts in Breslau in der Sitzung vom 19. Juli 1906 für Recht erkannt: Der Angeklagte ist der öffentlichen, durch die Presse begangenen Beleidigung schuldig und wird deshalb unter Auferlegung der Kosten des Verfahrens zu einer Geldstrafe von 300 Mark, an deren Stelle im Falle der Uneinziehbarkeit für je 10 Mark ein Tag Gefängnis tritt, verurteilt.

Den Beleidigten, Polizeisekretär Rieger und Fußgendarm Hoffmann V in Reichenstein wird die Befugnis zugesprochen, die Verurteilung des Angeklagten binnen 4 Wochen nach Zustellung des Urteils einmal in der „Volkswacht", sowie in der in Reichenstein erscheinenden Stadtzeitung auf Kosten des Angeklagten öffentlich bekannt zu machen.

Kleine provinzielle Nachrichten.

Aus dem zweiten Stock des städtischen Krankenhauses in **Glogau** stürzte sich heute Vormittag eine Witwe, welche geistesgestört war und schon häufig Selbstmordgedanken geäußert hatte. Die Unglückliche war sofort tot. — Seit einigen Monaten sind im Oberwalde von **Grünberg** durch den Magistrat Bohrungen auf Braunkohle veranstaltet worden. Diese Arbeiten haben ein recht befriedigendes Resultat ergeben; es wurden in einer Tiefe von 32 bis 50 Meter Braunkohlenflöze in einer Mächtigkeit von 3 bis 5.7 Meter und von sehr guter Beschaffenheit festgestellt. Auf Grund dieser Ergebnisse haben mehrere Mutungen stattgefunden, die ungefähr den ganzen Kiefernforst decken. — Seit dem 22. März cr. wird der Förster Schönborn aus Nieder-Schönfeld, Kreis **Bunzlau**, vermißt. Am 4. September ist von Beerensuchern dessen Leiche gefunden worden. Er hatte sich im Bunzlauer Forste erschossen. — Der 21 Jahre alte Knecht Stanislaus Maciejewski aus Eugenienhof bei **Kosten** fuhr von Nitsche nach Tarnowo mit Siede und setzte sich auf ein Bund Stroh. Unterwegs fiel er mit diesem Bund vom Wagen herunter und kam derart unglücklich unter die Räder, daß er besinnungslos liegen blieb. Von den hinter ihm kommenden Leuten wurde er als Leiche nach Hause gebracht. — Auf dem Hermannschacht der konsol. Fürstensteiner Gruben verunglückte der Bergarbeiter Varisch aus **Altwasser**. Er wurde von herabstürzenden Kohlenmassen verschüttet, wobei der Kopf vollständig zertrümmert wurde. — Der Grubenarbeiter Johann Radtke aus **Bärenhof** wurde auf der Hugogrube durch herabfallende Kohle erschlagen. — In Schwiezen, Kreis **Gleiwitz**, geriet der 13jährige Schulknabe Bednarek beim Dreschen in die Dreschmaschine, die ihm das linke Bein zerquetschte, so daß eine Amputation nötig wurde. Der Knabe ist nach der Operation im Krankenhause gestorben. — Russisch-polnische Schmuggler schnitten beim Grenzübergang **Laurahütte-Czeladz** aus Rache einem Arbeiter, der sie verraten hatte, den Kopf ab und rissen ihm die Zunge heraus. Die Leiche wurde mit dem Kopf im Arme aufgefunden. — Der Gutsbesitzer Stechbart aus Grünau bei **Pleschen** (Posen) wurde durch einen Schuß durch das Fenster seines Zimmers tödlich verwundet. Es liegt ein Racheakt vor. Der Täter, ein Knecht Stechbarts, wurde verhaftet.

Arbeiterbewegung.

Aus Warschau-Nürnberg. Das Verbot des Streikpostenstehens, so teilt die „Fränkische Tagespost" mit, ist von der Regierung sanktioniert worden. Im Magistrat teilte Herr Rechtsrat Stoer mit, daß die vom Gewerkschaftssekretär Bohl eingelegte telegraphische Beschwerde mit Entschließung vom 31. August abgelehnt worden sei. Eine Begründung wurde nicht mitgeteilt. Vielleicht hat sie sich auch die Regierung erspart oder es sind ihr noch keine Gründe eingefallen. Durch die Bestätigung des Verbots durch die Regierung ist es noch um kein Jota gerechter geworden. An anderer Stelle schreibt unser Nürnberger Bruderblatt: Das Militär rückt demnächst zu den Manövern aus. Dem biederen Spießbürgertum könnte dabei bange werden, denn wie leicht wäre es möglich, daß die Umstürzler die militärlose Zeit dazu benutzen, um das oberste zu unterst zu kehren und in Nürnberg die rote Republik zu proklamieren. Der gute Bürgersmann kann sich aber jeden Abend sorglos die Zipfelmütze über die Ohren ziehen und ruhig schlafen gehen; es gibt, Gott sei Dank, noch Männer, die auf seine Sicherheit bedacht sind und den Umsturzmännern das Konzept verderben. Wie in der heutigen Magistratssitzung verkündet wurde, hat der Stadtkommissär vom Kommando des 3. Armeekorps die Mitteilung erhalten, daß für die Dauer der Herbstwaffenübungen eine einschließlich der Wachkommandos 7 Kompagnien starke Abteilung zurückbleiben soll, um bei etwaigen Unruhen zur Verfügung zu stehen. Im Notfalle sünden auch die Wachkommandos von Ingolstadt und Erlangen zur Verfügung.

Es ist also für alle Fälle trefflich vorgesorgt.

Malerstreik in Sorau N.-L. Die Maler der Porzellanfabrik in Sorau sind in eine Lohnbewegung eingetreten und stehen seit einer Woche in Kündigung. Einigungsverhandlungen scheiterten an der Haltung des Unternehmers. Die Firma sucht im „Waldenburger Wochenblatt" Arbeitswillige. In jenem Betriebe erzielen die Maler äußerst niedrige Wochenlöhne, durchschnittlich 15—16 Mk., oft noch weniger. Ein Verdienst von 20 Mk. ist eine Seltenheit. Zuzug von Malern ist streng fernzuhalten.

Buchbinderstreik in Erlangen. Wir erhielten die folgende Zuschrift: Am Montag, den 3. September, legten von 351 in den hiesigen Betrieben beschäftigten Kollegen und Kolleginnen 282 nach erfolgter Kündigung die Arbeit nieder. Es ergeht deshalb an die Kollegenschaft Deutschlands, besonders der Orte, wo Kartonnagen und Portefeuilles-Lederwaren hergestellt werden, die Bitte, acht zu geben, daß Streikarbeit nicht hergestellt wird, event. wird gebeten, uns sofort Mitteilung zugehen zu lassen.

Die Streikleitung der Zahlstelle Erlangen des Deutschen Buchbinderverbandes.

Zum Streik der Arbeiter auf dem Hüttenwerk „Rote Erde". Die Bewegung zieht immer weitere Kreise. Bezeichnend für die Stimmung der Bürgerschaft für die Ausständigen ist die Mitteilung, daß ein Gemeinderatsmitglied von Eisendorf den Antrag eingebracht hat, daß den streikenden Arbeitern aus Gemeindemitteln eine Unterstützung von 5000 Mark gegeben werden soll. Auf die Entwickelung dieser Angelegenheit kann man gespannt sein. In der Lage der Bewegung ist bis heute keine Aenderung eingetreten.

Generalstreik der städtischen Gasarbeiter in Stettin. Hirsch's Telegraphen-Bureau meldet: In den Generalausstand getreten sind gestern auch die städtischen Gasarbeiter. Die Ursache hierfür ist die Entlassung von acht Gasarbeitern, die sich geweigert hatten, ein Kohlenschiff zu entladen. Die Ausständigen haben beschlossen, die Arbeit wieder aufzunehmen, wenn in den Reedereien alle Ausständigen wieder eingestellt werden und allen Arbeitswilligen sofort wieder gekündigt wird.

Die Bergarbeiterstreiks in Oesterreich nehmen eine immer größere Ausdehnung an.

Der Arbeitermord in Petrozseny (Ungarn). In Petrozseny legten vor einigen Tagen mehrere tausend Bergarbeiter die Arbeit nieder, weil sie das Sklavenlos, unter dem sie seufzen, nicht länger ertragen möchten. Die Salgo-Tarjaner Kohlenbergbau-Gesellschaft zahlt skandalös niedrige Löhne; von ihrem Bettlerlohn müssen die Arbeiter auch noch das Sprengmaterial, Oel, die Kirchen- und Musikgebühren, ferner die Bruderladenbeiträge und die Wohnungsmiete an die Bergwerksgesellschaft zahlen. Lebensmittel und Konsumartikel müssen sie aus der Kantine der Bergwerksunternehmung beziehen, wo die Waren teurer sind als anderswo. Bei der Lohnauszahlung, die einmal monatlich stattfindet, bekommt selten ein Bergarbeiter hierbei bares Geld heraus. Die Streikenden verhalten sich vollkommen ruhig, die Behörden gebärdeten sich wie die Söldlinge der Kapitalisten. Der Oberstuhlrichter Janza erschien im Streiklager der Bergarbeiter und forderte die Menge ohne jede Ursache auf — die Streikenden verhielten sich vollkommen ruhig und die Verhandlungen zur Beilegung der Differenzen waren im Zuge — binnen fünf Minuten auseinander zu gehen. Diesem provokatorischen Befehl rasch Folge zu leisten, war schon physisch eine Unmöglichkeit. Nichts destoweniger forderte Janza nach Verlauf der fünf Minuten das Militär auf, vorzugehen. Dieses gab auf die Menge eine Salve ab und ging dann mit dem Bajonett vor. Entsetzt stob die Menge auseinander und auf dem Schauplatz blieben 4 Tote und 17 Schwerverwundete; von diesen ringen viele mit dem Tode. Außerdem wurden 175 Personen leichter verwundet. Der Führer der Streikenden ist nebst 14 seiner Kameraden von der Gendarmerie verhaftet worden, dagegen läuft der Mordbube Janza noch frei umher. Die Bergwerks-Direktion ließ sich nach dem Blutbad natürlich zu keinerlei Verhandlungen mehr herbei, sondern forderte kategorisch die Wiederaufnahme der Arbeit.

Der 39. Kongreß der englischen Gewerkschaften. Am zweiten Tage begannen die eigentlichen Verhandlungen mit der üblichen Eröffnungsrede des Präsidenten. Kommings, der Sekretär der Kesselschmiede hatte den Vorsitz. Durch seine Rede ging ein Zug freudiger Stimmung und die englischen Gewerkschaften haben ja in der Tat alle Ursache mit den Erfolgen des letzten Jahres zufrieden zu sein. Der Redner wies darauf hin, daß dem Kongreß noch nie so viel Parlamentsmitglieder beigewohnt haben. Er spricht die Hoffnung aus, daß sich die Zahl der Arbeiterabgeordneten vermehre und daß eine vollständige Einigung aller Arbeitervertreter erzielt werde. Denn es seien noch dringende Reformen zu Gunsten der Arbeiter durchzuführen. Der Redner bespricht sodann den Bericht des Parlamentarischen Komitees und die Forderungen, welche die Arbeiterklasse zunächst durchzusetzen habe. Auch eine Aenderung des Wahlrechts müsse gefordert werden, denn das jetzige bringe eine ungerechte Verteilung der Mandate. Nach den bei der letzten Wahl abgegebenen Stimmen entfallen auf den Liberalen weniger denn 6500 Stimmen, auf den einzelnen Abgeordneten, dagegen die Arbeiterpartei 9000 Stimmen pro Mandat und die Sozialdemokraten konnten mit ihren zirka 42,000 Stimmen ein Mandat überhaupt nicht erhalten. Die Konservativen endlich erlangten 16,000 Stimmen pro Abgeordneten. Die wichtigste Resolution die im Anschluß an die Präsidialrede zur Verhandlung kam, war die des Genossen Sexton (Dockarbeiter). Dieselbe lautet: Der Kongreß ist der Ansicht, daß, um der Arbeiterbewegung auch in der Zukunft Erfolge zu sichern eine vollständige Einigung aller Zweige der Arbeiterbewegung, der ökonomischen wie der politischen anzustreben ist. Die Leitungen der verschiedenen Zweige sollten ihren Sitz in einem Gebäude haben, damit eine Verständigung immer leicht herbeigeführt werden kann. Um die Einheitlichkeit der politischen Bewegung im Lande und im Unterhaus zu sichern, hat das Parlamentarische Komitee sich zu bemühen, eine Konferenz der Arbeitervertreter aller Zweige herbeizuführen. Für diese Resolution, die eine Verschmelzung der beiden sozialistischen Fraktionen und der Arbeiterbewegung überhaupt anstrebt, stimmten 260, dagegen 96 Delegierte; die nach Mitgliederzahl vorgenommene Abstimmung ergab die Annahme der Resolution mit 756,000 gegen 543,000 Stimmen. Das Resultat wurde mit großem Beifall aufgenommen.

Briefkasten.

A. B. 100. Wenden Sie sich an das Bureau des Metallarbeiterverbandes, Breslau VI, Neue Oderstraße 13a, wo Sie sicher die sachkundigste Auskunft über Ihre Fragen erhalten werden.

Reimann, Zillerthal. Das Blatt nennt sich deutsch-national. Das ist wohl so eine Mischung von agrarisch-konservativ mit industriell-nationalliberal und antisemitisch. Die Redakteure sind uns nicht bekannt.

Todes-Anzeige.

Am 2. d. Mts. verschied plötzlich unser Verbands-Kollege

Paul Salzburg

im Alter von 22 Jahren. 3884

Ein dauerndes Andenken bewahren ihm

Die Mitglieder des Verbandes der baugewerblichen Hilfsarbeiter Deutschlands (Zweigverein Breslau).

Beerdigung: Sonnabend mittag 1½ Uhr von der Anatomie, Marstrasse, nach dem Coseler Friedhofe.

Am 5. d. Mts. starb unser Kollege, der Steinmetz

Rudolf Leisner

im Alter von 28 Jahren. 3889

Ehre seinem Andenken.

Die organisierten Steinarbeiter Zahlstelle Breslau.

Beerdigung: Sonnabend, den 8. d. Mts., nachmittag 3 Uhr, vom Trauerhause Brigittenthal 21.

Bunzlau.

Freireligiöse Gemeinde.

Sonntag, 9. September, vorm. 9½ Uhr: Vortrag des Predigers Tschirn-Breslau im Gasthof „Zur Stadt Bunzlau".

Thema:

„Die Wahrheit siegt"

mit darauf folgender Freireligiöser Versammlung, wozu freundlichst einladet

38-6 Der Vorstand.

Arbeiter

können sich melden

Köln. Maschinenbau-Akt.-Ges. Gasanstalt Dürrgoy

Gasbehälterbau. [3883

Mädchen z. bes. Konfektion b. hoh. L. n. j. Viktoriastraße 21, I, r. [3888

Alte und neue Möbel!

Spezialität: ganze Kücheneinrichtungen zum Preise von 28 Mk. an zu verkaufen

3717 Tischlerei, Kriebowerstr. 14.

Meine neue Filiale Matthiasstraße 72 ist eröffnet.

Grösstes leistungsfähigstes Geschäftshaus für Herren- u. Knabenbekleidung

„Deutsches Kaufhaus"

Hauptgeschäft: Ohlauerstraße 45c, an der Promenade.
Weitere Filialen: Gräbschenerstraße 27, Ecke Holteistr., Bohrauerstraße 9, an der Sadowastraße, Bunzlau, Ring 37.

3882

Infolge der Zentralisation der politischen Vereine sind in manchen Orten, wo die Frauen mit den Männern zusammen organisiert sein können, wie z. B. in Hamburg, weibliche Vertrauenspersonen nicht mehr aufgestellt worden. Dort werden Genossinnen in den Vorstand gewählt und können innerhalb seiner die besonderen Maßregeln anregen, die im Interesse der Agitation unter den Frauen nötig erscheinen. Die Neuerung bietet sicher viele Vorteile und wird dazu führen, daß Genossinnen und Genossen sich immer besser verstehen und einheitlich zusammen arbeiten lernen.

Die Umfrage erstreckte sich auch darauf, in wievielen Orten Lese- und Diskussionsabende eingerichtet und unterhalten worden sind. Diese Veranstaltungen sollen bekanntlich dazu dienen, die theoretische Auffassung der Genossinnen zu klären und zu vertiefen, ihre Kenntnisse zu erweitern, ihre geistige Gewandtheit zu fördern. Unser Programm, Broschüren, Artikel der „Neuen Zeit" usw. dienen als Grundlage. Die Aufstellung ergab, daß in 45 Orten allmonatlich, und in 32 Orten vierzehntägig Lese- und Diskussionsabende abgehalten werden. In 35 Orten wurde das Sozialdemokratische Programm behandelt, in einigen fortgeschritteneren Zirkeln die Mehrwerttheorie und andere wissenschaftliche Materien gründlich erörtert. In anderen Orten, z. B. in Hamburg, war für die vorgeschrittenen Genossinnen ein Kursus organisiert, in welchem die Gemeindevertreter unserer Partei die Teilnehmerinnen in die städtische Armen- und Waisenpflege, das Schulwesen und andere kommunale Gebiete einführten. Bei dieser Gelegenheit sei darauf hingewiesen, daß unsere Genossinnen bedacht sein sollten, Frauen aus unseren Reihen in die kommunalen Armen- und Waisenkommissionen zu bringen. Die nach dieser Richtung hin an die Vertrauenspersonen ergangenen Anfragen haben ergeben, daß in 4 Orten je eine Genossin im Waisenrat tätig ist, und in 6 Orten 7 Genossinnen an der Armenverwaltung teilnehmen. Unsere Kieler Vertrauensperson gehört der städtischen Schulkommission für Mädchenfortbildungsschulen an.

Auch für das Krankenkassenwesen muß das Interesse der proletarischen Frau noch weit lebendiger werden, als es ist. Die eingelaufenen Antworten auf die einschlägigen Fragen zeigen, daß in 7 Kassen 10 Frauen in den Vorständen sind; daß in 26 Orten die Frauen sich an den Krankenkassenwahlen beteiligt haben und 19 Orte insgesamt 72 Delegierte der Generalversammlungen aufweisen. Doch sind diese Angaben wohl nicht vollständig, weil die Genossinnen vieler Orte sich leider um die Krankenkassen nicht gekümmert haben. Und doch müßte und könnte in den Krankenkassen Vieles zugunsten der weiblichen Mitglieder geschaffen werden.

An dem Wachstum unserer Bewegung hat neben dem gesprochenen Worte das gedruckte seinen großen nicht zu unterschätzenden Anteil. An erster Stelle muß da unser Organ, „Die Gleichheit", genannt werden, für deren Verbreitung unsere Genossinnen unausgesetzt mit Eifer tätig gewesen sind. Die „Gleichheit" hat Klarheit und sozialistisches Wissen in die Köpfe vieler Tausende von Frauen getragen. Sie brachte den Hausfrauen Anregung und Belehrung, sie beriet durch Artikel aus sachkundiger Feder die Mütter bei der Pflege und Erziehung der Kinder; sie trat nach den verschiedensten Richtungen hin für die Interessen der Arbeiterinnen, der Frauen des arbeitenden Volkes ein; sie war den Genossinnen jederzeit eine treue Beraterin, ein festes geistiges Band. Die „Gleichheit" hat Eingang in die abgelegensten Gegenden, in die schwärzesten Winkel Deutschlands gefunden. Die Zahl ihrer Abonnenten ist von 23 000 im Vorjahre auf **46 000** gestiegen, und in der ungeheuren Mehrzahl der Fälle wird jedes abonnierte Exemplar von mindestens 2 Personen gelesen.

In diesem Jahre hat die „Gleichheit" ihr zweites Merkblatt zur Belehrung der Proletarierinnen in praktischen Fragen herausgegeben. Es führt die Frauen in erzählender Form in die Bestimmungen der Unfallversicherung ein und ist zunächst in 50 000 Exemplaren verbreitet worden. Erwähnt sei noch, daß die Zahl der Genossinnen beständig wächst, welche durch Berichte, Artikel, Notizen an der „Gleichheit" mitarbeiten. Es ist dies ein zu begrüßendes Anzeichen geistigen Lebens im weiblichen Proletariat. Um die Agitation für die „Gleichheit" in jeder Versammlung erfolgreich zu gestalten, auch dort, wo Frauen öffentlich für sie zu sprechen nicht imstande sind, wurden 50 000 Flugblätter mit Abonnementsaufforderung von der Unterzeichneten herausgegeben. Sie werden im Bedarfsfalle unentgeltlich abgegeben; 35 000 davon sind bereits versandt.

Die Agitation durch Broschüren ist nicht verabsäumt worden. Nach Inkrafttreten des Zolltarifs wurden unter den Frauen der Provinz Posen 2000 Exemplare der kleinen Broschüre „Die Lebensmittelzölle" verteilt. Weitere 2000 gingen nach Danzig, Elbing, Memel und Kiel. Zur Benutzung bei den Leseabenden, wie für Frauenbildungs-Vereine, zum Teil auch für Referentinnen sind folgende Schriften angeschafft und versandt worden: Hirsch: „Der preußische Landtag"; Arons: „Die preußischen Landtagswahlen" in je 20 Exemplaren; Protokoll der Verhandlungen des Beirates für Arbeiterstatistik: Erhebungen über die Verhältnisse in den Fisch- und Konservenanstalten, 6 Exemplare; Gewerbeordnung 1 Exemplar; Stadthagen, Das Arbeiterrecht, 11 Exemplare; „Führer durch das Krankenversicherungsgesetz", 200 Exemplare; „Führer durch das Gewerbe-Unfall-Gesetz" und „Führer durch das Unfall-Versicherungsgesetz für Land- und Forstwirtschaft" je 150 Exemplare. 220 Exemplare „Das Kommunistische Manifest"; Kautsky und Schoenlank: „Grundsätze und Forderungen der Sozialdemokratie" 330 Exemplare; 500 Programme; Protokolle des Heimarbeiterschutz-Kongresses, 50 Exemplare; „Das preußische Vereinsgesetz", 60 Exemplare; Das „Vereins- und Versammlungsrecht in Deutschland", 30 Exemplare; 50 Exemplare „Führer durch das Vereins- und Versammlungsrecht"; Protokoll des Parteitags zu Jena, 357 Exemplare; „Schulfrage", 250 Exemplare; „Zur Erkennung und Verhütung von Krebskrankheiten", herausgegeben von der Centralkommission der Krankenkassen, 100 Exemplare, die auf Wunsch nach M.-Gladbach geschickt wurden. 1270 Hefte der Gesundheitsbibliothek; Julian Borchardt: „Wie sollen wir unsere Kinder ohne Prügel erziehen", 46 Exemplare; 50 Exemplare der Biographie Wilhelm Liebknechts; Curt Grottewitz: „Sonntag eines Arbeiters", 35 Exemplare. Daß den Vertrauenspersonen alles für ihre Tätigkeit nötige Material an Schriften usw. geschickt wurde, sei nebenbei bemerkt.

Den Bildungsvereinen der einzelnen kleinen Orte erwachsen zu hohe Unkosten, wenn sie Statuten und das nötige Material an Marken selbst drucken lassen. Um die Sache zu verbilligen und zu vereinfachen, hat die Zentralstelle einen größeren Posten dieses Materials anfertigen lassen und sendet es in gewünschter Anzahl den einzelnen Orten zu.

Dem Wachsen der Bewegung entsprechend ist die Korrespondenz umfangreicher geworden. An Briefen sind eingegangen 1227; ausgegangen dagegen 3684; die Zahl der eingelaufenen Postkarten betrug 535; die der ausgegangenen 474; es wurden 1422 Pakete Drucksachen versandt.

An der Aufbringung von Geldern für die Zentralkasse beteiligten sich dieses

Transport	708 528 677 Mk.
Reichsmilitaretat	670 811 „
Verwaltung der Kaiserlichen Marine	112 802 095 „
Reichs-Justizverwaltung	2 351 705 „
Reichsflaggenamt	241 666 165 „
Reichs-Kolonialamt	1 268 773 „
Reichs-Eisenbahnamt	424 700 „
Reichsfiskus	127 556 500 „
Rechnungshof	1 026 700 „
Allgemeiner Pensionsfonds	91 259 149 „
Reichs-Invalidenfonds	85 918 749 „
Reichs-Post- und Telegraphenverwaltung	466 669 048 „
Reichsdruckerei	5 989 620 „
Reichs-Eisenbahnverwaltung	80 509 900 „
Zu verzinsenden neuen Anleihen	8 898 757 „
Zur Verbesserung der Pensionsbezüge	18 589 874 „
Summe der fortdauernden Ausgaben	1 898 421 162 Mk.

Einmalige Ausgaben.

Reichstag	— Mk.
Reichskanzler und Reichskanzlei	250 000 „
Auswärtiges Amt	1 174 800 „
Reichsamt des Innern	2 940 050 „
Reichs-Post- und Telegraphenverwaltung	14 066 875 „
Reichsdruckerei	87 084 „
Verwaltung des Reichsheeres	37 460 482 „
Reichsmilitaretat	871 000 „
Verwaltung der Kaiserlichen Marine	102 289 050 „
Reichsflaggenamt	1 289 700 „
Reichs-Kolonialamt	19 766 214 „
Reichsfiskus	— „
Rechnungshof	862 000 „
Reichs-Eisenbahnverwaltung	6 722 000 „
Zur Bedung des Fehlbetrags	8 669 889 „
Zur Bedung gemeinschaftlicher außerordentlicher Ausgaben	1 494 064 „
Summe der einmaligen Ausgaben	248 221 248 Mk.
Hierzu Summe der fortdauernden Ausgaben	1 898 421 162 „
Summe der Ausgabe des ordentlichen Etats	2 146 642 400 Mk.

b) Außerordentlicher Etat.

Ausserordentliches Amt	— Mk.
Reichsamt des Innern	6 000 000 „
Verwaltung des Reichsheeres	82 422 127 „
Verwaltung der Kaiserlichen Marine	61 966 000 „
Reichsflaggenamt	— „
Reichs-Kolonialamt	1 200 000 „
Reichs-Post- und Telegraphenverwaltung	84 000 000 „
Reichs-Eisenbahnverwaltung	17 416 000 „
Aus Anlaß der Expedition nach Ostasien	18 048 612 „
Aus Anlaß der Expedition in das südwestafrikanische Schutzgebiet	108 142 100 „
Aus Anlaß der Expedition in das ostafrikanische Schutzgebiet	1 438 800 „
Summe der Ausgabe des außerordentlichen Etats	209 682 699 Mk.

die Reklame der Frauenrechtlerinnen [illegible] bürgerlichen Liberalismus als Verfechter der Frauenrechte und ihre [illegible] gegen die Sozialdemokratie als unzuverlässige Verteidiger derselben [illegible] Aeußerungen des bourgeoisen Klasseninteresses sind. Alles in allem ist [illegible] Wahlrechtskampf der Sozialdemokratie auch die umfassendste und kräftigste Aktion für das Frauenstimmrecht gewesen, die wir in Deutschland bis jetzt gehabt haben, und die insbesondere alles weit übertrifft, was die bürgerlichen Frauenrechtlerinnen bis jetzt an Agitation für diese wichtigste aller Forderungen einer ernsten bürgerlichen Frauenbewegung geleistet haben. Die Genossinnen sind selbstverständlich nicht bloß in den ersten, sondern auch in den folgenden Demonstrationsversammlungen vom 18. März, wie am 1. Mai auf dem Posten gewesen.

Unsere agitatorisch wie organisatorisch tätigen Genossinnen haben ebenso eifrig, wie für die politische Aufklärung der Frauen, für die **gewerkschaftliche Organisierung der Arbeiterinnen** gewirkt. So führten sie den Verbänden der **Fabrik- und Landarbeiter**, der **Textilarbeiter, Porzellanarbeiter, Holzarbeiter, Schneider und Schneiderinnen, Handlungsgehülfen, G[illegible]hilfinnen** und anderen noch durch öffentliche Agitation und Kleinarbeit [illegible] und besonders weibliche Mitglieder zu. An Werkstubensitzungen und sonstigen gewerkschaftlichen Arbeiten haben sie sich beteiligt. Daß die Zahl der gewerkschaftlich organisierten Arbeiterinnen, die 1904 mehr als 48 604 betrug, nach dem Bericht der Generalkommission auf 74 411 gestiegen ist, also eine Zunahme von [illegible] Proz. erfahren hat, dazu hat die Arbeit unserer Genossinnen mitgeholfen.

Unsere Frauenbewegung hat dank der entfalteten Agitation wiederum in **neuen Gegenden** festen Fuß gefaßt. So sind vor allem schöne Erfolge zu verzeichnen in **Sachsen-Weimar, Anhalt, Braunschweig** und in **Bayern**. In **Bayern** wird zwar seit vielen Jahren fleißig von Genossinnen agitiert, doch beschränkte sich ihre Betätigung überwiegend auf das gewerkschaftliche Gebiet. Ohne die nötige gewerkschaftliche Arbeit irgendwie zu vernachlässigen, ist nun im letzten Jahre mehr Gewicht als bisher auch auf die **politische** Aufklärung der Frauen gelegt worden. Mit gutem Erfolg. Wir haben in **Hof, Günzburg, Penzberg, Rehau, Ingolstadt, Regensburg, Lechhausen, Augsburg, Nürnberg** eifrig tätige Vertrauenspersonen. In der Hauptstadt Bayerns, in **München**, fehlt es dagegen noch immer an einer solchen. Seit kurzem besteht in dieser Stadt ein **Frauen-Bildungsverein**. Zu den Fortschritten unserer Bewegung in Bayern hat sehr viel die jahrelange geduldige und fleißige Arbeit unserer Genossin **Greifenberg-Augsburg** beigetragen.

Sehr vorteilhaft hat es die Entwicklung der proletarischen Frauenbewegung in Bayern beeinflußt, daß seit einem Jahre im Nürnberger Arbeitersekretariat eine Beamtin tätig ist, deren erfolgreiches Wirken sich bereits bemerkbar macht. Wir verdanken ihm unter anderem die Gründung eines **Dienstbotenvereins in Nürnberg**, der im Gegensatz zu anderen Organisationen seiner Art nicht Hausangestellte und Herrschaften umschließt, sondern ausschließlich Dienende aufnimmt und nur deren Interesse vertritt. In **München** und **Köln** haben die Genossinnen tätig zur Gründung von Dienstbotenorganisationen mitgewirkt, die nach dem Muster des Nürnberger Vereins konstituiert worden sind. Auch in anderen Orten haben die Genossinnen begonnen, der Dienstbotenfrage erhöhte Aufmerksamkeit zuzuwenden. Mit Hülfe des Parteisekretärs für **Pommern** ist es gelungen, auch dort der sozialistischen Frauenbewegung Eingang zu verschaffen. Es wird in Pommern eifrig weiter agitiert, und so hoffen wir, daß der jetzt nur für die Besitzenden so gesegnete Landstrich in absehbarer Zeit auch mit Sozialistinnen reich gesegnet sein wird.

Trotz allem Erreichten ist noch gar viel zu tun. Je weiter wir vordringen, desto mehr wird der Blick geschärft für das, was noch geleistet werden muß, wieviel es noch im weiblichen Proletariat zu erwecken, zu belehren und heranzubilden gilt. Unsere Genossinnen, auf welchem Posten sie immer in der Bewegung stehen, werden in Zukunft ebenso wenig ein Ermüden, ein Ausruhen kennen, wie bisher. Zu dem bisherigen tüchtigen Stamm bewährter Rednerinnen sind **junge Kräfte** hinzugekommen, welche sich bereits als recht wirkungsvolle Agitatorinnen erwiesen haben.

Die erfreuliche Entwicklung unserer proletarischen Frauenbewegung vermögen die **Polizeischikanen** nicht zu hemmen. Im Berichtsjahre hat die Polizeibehörde verschiedener Orte wiederum ihre besondere Aufmerksamkeit der öffentlichen Betätigung der Frauen zugewendet, wie auch Veranstaltungen, bei denen Frauen mit in Betracht kamen. An dieser Stelle sei daran erinnert, daß die Behörden in **Erfurt** Versammlungen verboten haben, an denen teilzunehmen Frauen nach dem Gesetz berechtigt sind. In **Aachen** verwies die Polizei in öffentlichen Versammlungen die Frauen ins Segment. Zahlreich sind die Fälle behördlicher, gesetzwidriger Belästigungen. Hervorgehoben sei noch, daß die brave Obrigkeit auch den **unpolitischen Frauenbildungsvereinen** ein erhöhtes, fürsorgliches Interesse zuwendet. In **Velbert** z. B. wurde die Bildungsorganisation für die Frauen und Mädchen der Arbeiterklasse polizeilich geschlossen. Ob die Verfügung bestätigt wird, bleibt abzuwarten.

Aber nicht nur von dem Wachstum unserer Bewegung kann die Unterzeichnete berichten, sondern auch von ihrer fortschreitenden Festigung und Organisation. Die Zahl unserer **Vertrauenspersonen** ist von 190 auf 325 gestiegen, unter denen sich für verschiedene Gegenden **Kreisvertrauenspersonen** befinden. An manchen Orten haben diese sich angelegen sein lassen, ihre Arbeit auf die **benachbarten Kreise** auszudehnen, die bisher brach lagen. Sie haben ferner in den Orten ihres eigenen Bezirks **Bildungsvereine** ins Leben gerufen und die Aufstellung **örtlicher Vertrauenspersonen** angeregt und diese eingearbeitet, die nun ihrerseits die Aufklärungsarbeit leiten.

Der Parteitag zu Jena hatte in § 8 des neuen Organisationsstatuts der Partei als Absatz 2 einen Passus eingefügt, der die **Vertrauenspersonen berechtigt, freiwillige Beiträge** entgegenzunehmen und durch **besondere Marken** zu quittieren. In **Preußen** wie in manchen anderen Staaten Deutschlands, in denen die Frauen sich **nicht politisch organisieren** dürfen, ist ihnen damit ein Weg geöffnet, durch Entrichtung **regelmäßiger freiwilliger Parteibeiträge** ihre Parteizugehörigkeit zu dokumentieren. Ein Zirkular der Unterzeichneten forderte die weiblichen Vertrauenspersonen der besagten Länder auf, eifrig für die Ausnutzung des Rechts zu wirken und zu diesem Zwecke Karten und Marken von ihr zu entnehmen. Um einen möglichst genauen Ueberblick über die Zahl der **politisch organisierten Frauen** zu erhalten, versandte die Unterzeichnete an die amtierenden Vertrauenspersonen **Fragebogen**, von denen nur 188 beantwortet worden sind. Die nachfolgenden Zahlen, die auf Grund der erhaltenen genauen Angaben festgestellt wurden, bleiben daher hinter der wirklichen Zahl der weiblichen Organisierten zurück. 4933 Genossinnen entrichten freiwillige Parteibeiträge, während vor einem Jahre dies kaum 1000 taten. Auch die Zahl der Genossinnen, die mit den **Genossen zusammen** den politischen Organisationen angehören, ist gestiegen und zwar von 4000 auf 6460. Auffallend sind die Fortschritte, welche sich in dem Zuwachs der Mitglieder der **unpolitischen Bildungsvereine** bekunden. Diese umschlossen etwa 3000 Mitglieder im Vorjahre, gegenwärtig zählen sie deren 2890.

Jahr 110 Orte gegen 54 im Vorjahre. Sie sendeten insgesamt ein 4394 Mark 76 Pfennig, dem steht eine Ausgabe von 3854 Mark 46 Pfennig gegenüber, so daß der Bestand 540 Mark 30 Pfennig beträgt. Die mündliche Agitation hat aus der Zentralkasse 1589 **Mark 90 Pfennig** beansprucht; für Drucksachen wurden insgesamt 1555 **Mark 18 Pfennig** verausgabt; für Porto sind 550 **Mark 25 Pfennig** aufgewendet und für Schreibmaterial und kleine Ausgaben 159 Mk. 15 Pf. Kasse und Bücher sind vierteljährlich geprüft und in voller Ordnung gefunden worden. Viele Kreise haben die notwendige Agitation aus eigenen Mitteln bezahlt; auch sind in manchen Orten Schriften zur Verteilung gelangt, die auf eigene Kosten angeschafft wurden.

Zwei unserer tüchtigsten und besten Genossinnen haben im Laufe des Jahres zu spüren bekommen, daß derjenige, der das Wohl **der Menschheit** erstrebt, in der Klassengesellschaft gepeinigt wird. Unsere treue **Rosa Luxemburg** hat 4 Monate in russischen Kerkern geschmachtet. Das Bewußtsein, für etwas Heiliges, Großes zu leben, hat die starke Seele in dem schwachen Körper das Härteste ertragen lassen. Hoffentlich bleibt dem Proletariat ihre wertvolle Kraft noch lange erhalten. Im Vaterlande wurde unsere unermüdliche **Louise Zietz** ein Opfer des Klassenkampfes. Als sie kürzlich vor ihren Richtern stand, würden Unparteiische mit Pontius Pilatus ausgerufen haben, ich finde kein Unrecht an ihr. Trotzdem wurde sie nicht bloß verurteilt, sondern obendrein als angeblich unwahrhaftige Person in ihrer Ehre gekränkt. Sie hatte gewagt, den dreimal heiligen Kapitalismus mit scharfen Worten anzugreifen und Volksrechte zu fordern. Drei Monate soll sie eingesperrt werden, damit sie die **Lichtseiten** des Kapitalismus mehr schätzen lernt und künftig in ihren Reden gebührend zu feiern vermag. Der Hinblick auf die Opfer des Klassenkampfes wird die Genossinnen in ihrer Arbeit nicht entmutigen, wohl aber anspornen. Sie werden sich weiter in aller Festigkeit als unerbittliche Feindinnen der kapitalistischen Gesellschaftsordnung betätigen. Sie werden alle Kräfte anspannen, um die heilbringenden Lehren des Sozialismus unter die Massen zu tragen und die Köpfe zu revolutionieren, damit das Proletariat die Reife und Kraft gewinnt, die politische Macht zu erobern und als sein eigener Erlöser seine Befreiung zu vollziehen.

Ottilie Baader.

Bericht

über die parlamentarische Tätigkeit der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion.

28. November 1905 bis 28. Mai 1906.

Ein wahrer Berg gesetzgeberischer Arbeit harrte des auf den 28. November vorigen Jahres einberufenen Reichstags, denn nicht weniger als fünfunddreißig Gesetzesvorlagen wurden ihm an den ersten beiden Sitzungstagen präsentiert; darunter die sehr umfangreichen, euphemistisch Finanzreform titulierten Steuervorlagen und die Militär-Pensionsgesetze, von denen die verbündeten Regierungen wissen mußten, daß ihre Beratung viel Zeit in Anspruch nehmen werde. Um so unverantwortlicher war daher die zu späte Einberufung des Reichsparlaments, die bei der Etatsberatung auch eine scharfe Kritik erfahren hat. In der Usus gewordenen späten Einberufung scheint System zu liegen, getragen von der Absicht, sowohl die Etatskritik wie auch die gesetzgeberische Initiative des Reichstags möglichst einzuschränken, was, soweit die letztere in Betracht kommt, in der verflossenen Session in hohem Maße gelungen ist, denn sie war beinahe gleich Null, obwohl der Seniorenkonvent unter Zustimmung des Präsidenten zu Beginn der Session beschlossen hatte, die sogenannten Schwerinstage regelmäßig innezuhalten. Durch die drängenden Etats- und Steuerberatungen wurde der Beschluß jedoch in der Praxis umgestoßen, ungeachtet des Umstandes, daß der Etat nicht rechtzeitig, d. h. bis zum 1. April, fertig gestellt werden konnte.

Reichshaushalts-Etats für das Rechnungsjahr 1906.

Der Reichshaushaltsetat ist in Einnahme und Ausgabe auf 2 406 274 999 Mark festgesetzt, und zwar im ordentlichen Etat auf 1 898 421 152 Mk. an fortdauernden, 248 221 248 Mk. an einmaligen Ausgaben und 2 146 642 400 Mk. an Einnahmen. Im außerordentlichen Etat beziffert sich Einnahme und Ausgabe auf 259 632 600 Mk. Der Etat fordert zur Bestreitung einmaliger Ausgaben die Summe von 254,7 Millionen, die auf dem **Wege des Kredits** flüssig zu machen sind; ferner zur Verstärkung der Betriebsmittel des Reiches die Ausgabe von Schatzanweisungen im Betrage bis zu 275 Millionen Mark.

Fortdauernde Ausgaben.

Bundesrat	— Mk.
Reichstag	760 420 „
Reichskanzler und Reichskanzlei	284 510 „
Auswärtiges Amt	16 818 322 „
Reichsamt des Innern	75 563 247 „
Verwaltung des Reichsheers	615 608 178 „
Transport	708 535 677 Mk.